

No. 9
November 2012

Erdbeben, Fieber und „zarte Pflänzchen“
Chronologischer Verlauf des Finanzkrisen-
Diskurses deutschsprachiger ÖkonomInnen

Stephan Pühringer und Katrin Hirte

Institute for Comprehensive
Analysis of Economy

Institut für
die Gesamtanalyse der
Wirtschaft

Johannes Kepler
Universität Linz

Altenbergerstraße 69
4040 Linz
Austria

Tel.: +49 732 2468 3402

csc@jku.at
www.icae.at

Erdbeben, Fieber und „zarte Pflänzchen“

Chronologischer Verlauf des Finanzkrisen- Diskurses deutschsprachiger ÖkonomInnen

Stephan Pühringer und Katrin Hirte

Gliederung

- 1 Überblick zum massenmedialen Diskurs..... 4**
- 2 Der massenmediale Diskurs im Detail 8**
- 3 ÖkonomInnendiskurs und allgemeiner Diskurs55**

ÖkonomInnen im Diskurs

Die Relevanz einer Analyse der Rolle von ÖkonomInnen in Diskursen ist aus der gesellschaftlichen Bedeutung dieser ableitbar, insbesondere dann, wenn diese auch in den Massenmedien ihren Niederschlag finden. Bei dem spezifischen Verhältnis zwischen ÖkonomInnen und der ökonomischen Praxis entsteht zudem das oft festgestellte Spannungsverhältnis zwischen Politik und Ökonomie¹, da politischen Entscheidungen zu ökonomischen Prozessen getroffen werden und dies insbesondere in Krisen. Wie schon oben erläutert wurde bei den Diskursen in den massenmedialen Diskurs sowie in einen Spezialdiskurs unterschieden, der während der Finanzkrise entstand und aus Stellungnahmen/Appellen besteht. Inwieweit dieser in den Massenmedien präsent war, hing letztlich von der Verankerung der Akteure ab.

Nachstehend wurde der öffentliche Diskurs der ÖkonomInnen von 07/2008 bis 06/2011 in einer Übersicht dargelegt.


¹ Übersichtlich hierzu z. B. in: Adam (2007).

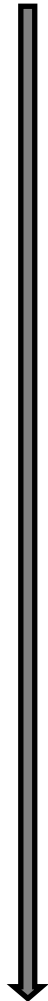
Überblick zum massenmedialen Diskurs

Abbildung 1: Appelle/Stellungnahmen sowie Aufrufe (Stand Okt. 2012)

Zeitverlauf	Ereignisse	(Sub)-diskurse von ÖkonomInnen
2008-Q3	<i>„Durch die „US-Finanzkrise...ist nicht auszuschließen... das ...weitere Dominosteine umfallen“</i>	
	<ul style="list-style-type: none"> Bankrott von Lehman Brothers Kollaps des Interbankenmarktes Starker Anstieg der langfristigen Zinsen Probleme mit Fannie Mae & Freddie Mac 	<ul style="list-style-type: none"> Angst vor einem Übergreifen der „Amerikanischen Krise“ Moralisierung: Finanzkrise als „Vertrauenskrise“, rücksichtslose und „gierige“ Banker, Banken und Konzerne „too big to fail“ außerordentliche Maßnahmen: Staat als (Banken)Retter gefordert und dabei schnelles Handeln
2008-Q4	<i>„Regierungskoalition“ ohne „sonderliche Führungskraft“ trotz „Tsunami“</i>	
	<ul style="list-style-type: none"> US-BIP unter 6 % minus, Haushaltsdefizit über 12 % des BIP drastischer Einbruch von Weltkonjunktur, Welthandel und starke Währungsschwankungen weltweite Kreditkrise Erste Konjunkturprogramme Krise in Irland, Island und Osteuropa 	<ul style="list-style-type: none"> Kreditklemme und ihre ökonomischen Folgen Kontroverse Debatte zu Staatsinterventionismus sowie Effizienz und Wirksamkeit von Konjunkturprogrammen Schuldfrage - USA Gefahr von „moral hazard“ in der Eurozone
	<i>„Keynesian moment“ und kritische Selbstreflexion</i>	
2009-Q1	<ul style="list-style-type: none"> Bankenrettungsprogramme (UK) weitere Zinssenkung, weltweite Rezession Konjunkturprogramme massive Exporteinbrüche (Japan, BRD, China) 	<ul style="list-style-type: none"> Konjunkturprogramme für den „außerordentlichen Fall“ Debatte über Rolle des Staates und zukünftige Staatsschulden Verantwortung der ÖkonomInnen (Präsenz keynesianisch argumentierender ÖkonomInnen)
2009-Q2	<i>„Versagen der staatlichen Aufsicht und der Politiker“ und „noch nicht ... geeignete Instrumente“</i>	

	<ul style="list-style-type: none"> Weltweite Rezession Steigende Arbeitslosigkeit Steigende Staatsschulden Kurzarbeit in Deutschland und Österreich Krise in Osteuropa und Türkei 	<ul style="list-style-type: none"> Reduzierung des Versagens ökonomischer Prognosen auf fehlende Modelle Schulddebatte als Versagensdebatte Zweites Konjunkturprogramm in Deutschland (Kurzarbeit) und Schuldenbremse
	<i>„Das „zarte Pflänzchen der Konjunktur jetzt nicht durch ... Zurückhaltung der Banken austrocknen“</i>	
2009-Q3	<ul style="list-style-type: none"> Deflation in Europa, weniger Kredite Hohe Arbeitslosigkeit, Welthandel erholt sich Ausweitung des US-Bankenrettungsprogramms Bad Banks in Europa und Sparpaket in Irland 	<ul style="list-style-type: none"> Steigende Arbeitslosigkeitsraten und Unsicherheit über ökonomische Entwicklung Debatte über die öffentliche Verantwortung von Banken und Kreditinstitutionen Ordnungspolitische Forderungen seitens der ÖkonomenInnen
	<i>Deutschland „wird ... zur Wachstumslokomotive Europas“</i>	
2009-Q4	<ul style="list-style-type: none"> Dow Jones wieder über 10.000 Punkte, EZB erklärt das „Ende der Krise“ Austeritätsprogramme in Irland und Griechenland Sinkende Reallöhne in EU Weiter niedrige Leitzinsen 	<ul style="list-style-type: none"> Rolle von Deutschland als Wachstumsmotor Banken – Moral Finanzierbarkeit sozialer Sicherungssysteme Austeritätsprogramme für „Schuldenstaaten“
	<i>„Griechenland muss den harten und steinigen Weg der Konsolidierung selbst gehen“</i>	
2010-Q1	<ul style="list-style-type: none"> Arbeitslosigkeit in Eurozone auf Rekordhoch Bankenprobleme Notfallplan für Griechenland Kreditbremse in China Wirtschaftserholung in USA, Exporte der BRD sinkend 	<ul style="list-style-type: none"> Debatte über Staatsschulden und Euro-Rettungsprogramme und dabei Nichtbereitschaft seitens D Rolle von Finanzmärkten als ökonomische Kontrollinstanzen Beharren auf der Non-Bailout-Klausel Personifizierung der Südländerschuldensituation
2010-Q2	<i>„Die Märkte sind offenbar zur Entscheidung gekommen“</i>	

	<ul style="list-style-type: none"> • Hilfspaket für Griechenland mit IWF-Unterstützung • EZB kauft Staatsanleihen • Euro-Rettungsschirm EFSF • Weiter steigende Zinsen für Griechenland • Weltweit Dollar-Swaps der FED 	<ul style="list-style-type: none"> • Märkte als Akteure und Entscheider über Hilfen, • Debatte über die Rolle der Ratingagenturen • Politikversagen vs. Marktversagen • Betonung der disziplinierenden Kraft der Märkte 	
	<p align="center"><i>„Sommermärchen“ und „Partylaune“</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Weitere Abstufung von Irland und dann Spanien • Dodd-Frank-Act für Finanzmarktstabilität in den USA • Rekordhoch des Budgetdefizits in der EU • Basel III tritt in Kraft 	<ul style="list-style-type: none"> • Debatte um ordnungspolitisches Erbe Deutschlands • Relativer Wirtschaftsaufschwung als dt. „Sommermärchen“ – nationaler Stolz • Ökonomische Selbstkritik v.a. über die Rolle der Finanzmarktökonomik
	<p align="center"><i>„Es droht die Zerstörung des Euro... Europa brennt.“</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Rettungsschirm ESM installiert • Diskussion über Eurobonds • Irland-Hilfspaket und weitere Verstaatlichung von Banken in Irland • Fallen des Euros auf neue tiefstände • Risikoprämien für Staatsanleihen ziehen an 	<ul style="list-style-type: none"> • Große Gefahren für Europa und den Euro (Rolle psychologischer Faktoren wie Angst) • Unfinanzierbarkeit des Sozialstaats in Zeiten der Krise • Deutschland als sparsames Role-Model für Eurozone bei gleichzeitiger postulierter Notwendigkeit weiterer Einschnitte arbeitnehmerseitig
2011-Q1	<p align="center"><i>„Banken finanziell und die Staaten fiskalisch an die Kette“ legen</i></p>		

 2011-Q2	<ul style="list-style-type: none"> • 1. Anleihe von EFSF • Estland im Euro-Raum • Wahlen in Irland • Verschärfung des Stabilitätspakts • EU-Gipfel mit Verabschiedung des Rettungsschirms, Schärfung des Stabilitätspaktes und dem „Euro-Pakt-Plus“ (Verpflichtung zu Strukturreformen) 	<ul style="list-style-type: none"> • Debatte über Regeln für die Stabilität für den Euro • Begrenzung der Staatsschulden in der Eurozone (Finanzkrise ist in „Schuldenkrise“ übergegangen) • Markt als Akteur • Debatte über moralische Verantwortung von ÖkonomInnen und zu einem Ethik-Kodex
	<hr/> <i>„Das Aus für den Euro?“</i> <hr/>	
	<ul style="list-style-type: none"> • EU verlangt von Griechenland Sparkurs • Hilfspaket für Portugal • Verzögerung der EU-Hilfe für Griechenland (neue Auflagen) • Ende des quantitative Easing in USA • Sparkurs in Griechenland führt zu Unruhen und Straßenschlachten 	<ul style="list-style-type: none"> • Sinnhaftigkeit und Macht der Ratingagenturen • Debatte zur Zukunft des Euro-Raumes • Debatte über weitere Austeritätsprogramme für „Schuldenstaaten“. • Debatte über die Rolle der EZB in der Krise

Quelle: eigene Erhebungen.

Nachstehend erfolgt zu allen Quartalen die thematische Analyse zu den einzelnen Quartalen und hier wie methodisch beschrieben als 1. Quartalscharakteristika, 2. Stichpunktartige Skizzierung der realpolitischen Ereignisse, 3. Unterlegung der Charakteristika mit Zitaten und 4. Explikation der wesentlichen Diskursstränge.²

² Zitationen in diesem Abschnitt erfolgten wie in Diskursauswertungen üblich nur korpusbezogen – sie hier z. B. in: Oberlechner et al. (2004).

Der massenmediale Diskurs im Detail

3. Quartal 2008: „Durch die „US-Finanzkrise...ist nicht auszuschließen,... dass ...weitere Dominosteine umfallen“

Realpolitische Ereignisse im Krisenverlauf

Juli 2008: Probleme mit Fannie Mae & Freddie Mac³, im September unter Staatsobhut, 15.9. Bankrott von Lehman Brothers und AIG, Kollaps des Interbankenmarktes, des US-Geldmarktes, des Marktes für Commercial Papers, große Volatilität von Übernacht- und kurzfristigen Zinsen, starker Anstieg der langfristigen Zinsen, markanter Rückgang der Transaktionsvolumina, die Kreditvergabe zwischen den Banken versiegt, Flucht in US-Staatspapiere, TARP-Aufkaufplan der Fed (700 Mrd \$), weltweite Aktionen der Nationalbanken, Einbruch auf Aktienmärkten und fast allen anderen Kapitalmärkten, außer für Staatsanleihen.

„Durch die „US-Finanzkrise“ könnten „...weitere Dominosteine umfallen...“

„Die Pleiten von Lehman Brothers, die Quasi-Verstaatlichung der Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac und vor allem die Schieflage der weltgrößten Versicherung, AIG, habe die Situation "viel ernster" gemacht. Wir haben vor drei Monaten auch gehofft, dass sich das langsam entspannt. Dass aber nun weitere Dominosteine umfallen, ist nicht auszuschließen.“ (Standard 2008-09, hier den Leiter des IHS Bernhard Felderer zitierend)

Bedrohung für Deutschland: „Die Einschläge kommen näher“

„Auch in Deutschland wächst die Furcht vor einem Bankencrash. Die Einschläge kommen näher...Nichts und niemand scheint ein Übergreifen der amerikanischen Krise auf die deutsche Wirtschaft noch stoppen zu können. Die Regierungen versuchen sich in der Rolle des Retters.“ (Thomas Straubhaar im Spiegel 2008-09)

Zentrales Thema im dritten Quartal 2008 war die *Sorge um Europa*. Der *Hauptstrang der Argumentation zu den Ursachen* dafür bestand in der Warnung vor dem Übergreifen der „amerikanischen“ Krise auf die europäische bzw. deutsche Wirtschaft und damit verbunden auch vor einer Ausweitung der Krise der Finanzmärkte auf die reale Wirtschaft.

Dabei äußerten sich einige AkteurInnen auch sehr zuversichtlich und verkündeten das Ende der Krise, weil mit der Einführung von Kurzarbeit und Bankenrettungen gut auf die Krise reagiert wurde und vor allem die deutsche Wirtschaft durch verschiedene Reformen der letzten Jahre relativ robust sei.⁴

³ Beide staatlich geförderte Banken.

⁴ „Ich war einer der ersten, die das Ausmaß der Krise vorhergesehen und davor gewarnt haben, dass sie auch auf die Realwirtschaft durchschlagen wird. Jetzt aber sage ich - vielleicht auch wieder als einer der

Thomas Straubhaar, der als Botschafter des INSM auch an der Propagierung der Hartz 4-Reformen beteiligt war, meinte daher auch in Anspielung auf diese Strukturreformen am Arbeitsmarkt:

„Wir werden diese Rezession deutlich weniger zu spüren kriegen als alle anderen US-Rezessionen aus der Nachkriegszeit, weil wir besser als je zuvor für diese Herausforderung gerüstet sind“ (Straubhaar in der S/ 2008-09).

Gleichzeitig wurde die besondere *Rolle des Staates* in Krisensituationen herausgestellt. Nach dieser Denkweise wurde daher auch die Nicht-Rettung der Lehman Brothers kritisiert, da dadurch erst der Kreislauf des Misstrauens gestartet wurde, der dafür gesorgt hat, dass der Interbankenmarkt zeitweise fast zum Erliegen kam. Die Politik wurde explizit dazu aufgefordert, zentrale Wirtschaftsakteure zu retten, da ansonsten das gesamte Weltwirtschaftssystem kollabieren könne. Folker Hellmeyer, Chefökonom von der Bremer Landesbank, drückte dies im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten bei Fannie Mae und Freddie Mac ziemlich drastisch aus: Egal welche Summe am Ende nötig sei,

„...der Staat wird sie bezahlen, sonst ist der Ruf Amerikas und damit das Finanzsystem insgesamt ruiniert.“ (Hellmeyer in der SZ 2008-08)

Es wurde so eine Zwangssituation diskutiert, in der es für die politischen EntscheidungsträgerInnen keinen anderen Ausweg gäbe, als in Not geratene Finanzinstitute zu retten.⁵ Dabei wurde zudem ein „schnelles Handeln“ gefordert, damit die Maßnahmen auch Wirkung zeigen könnten und damit aber gleichzeitig der Handlungsspielraum für politische Entscheidungsfindung eingeschränkt. Und während ein massives Eingreifen des Staates zugunsten wirtschaftlicher Akteure gefordert wurde, das alternativlos sei, wurde zugleich kritisiert, dass eine zu expansive Fiskalpolitik der letzten Jahre ohne Reservenanschaffung dafür verantwortlich sei, dass die Schuldenquote nun stark steigen werde.

Psychologische Faktoren wurden in mehrerer Hinsicht betont. Einerseits werden dazu psychologische Faktoren wie Herdenverhalten und Verhalten von Individuen bei Unsicherheit, also Themen der klassischen Verhaltensökonomie, diskutiert. Hier geht es also um den im Zusammenhang von Vertrauenskrisen und in diesem Zuge sich veränderte Erwartungen als relevante Faktoren für wirtschaftliche Entwicklungen. Vor allem in Bezug auf die Wirkung von Prognosen wurde betont, dass schlechte Erwartungen oder die Angst vor einem möglichen Konjunkturunbruch zu einer *Self-Fulfilling-Prophecy* werden können. So meinte Kai Carstensen vom ifo in der FAZ:

ersten - dass es Anlass für die Hoffnung gibt, dass wir dem Ende der Krise entgegensteuern.“ (Bankenexperte Wolfgang Gerke in der SZ 2008-09).

⁵ Deutsche Banken wurden allerdings als robust angesehen. So meinte Stefan Schilbe, Chefvolkswirt von der Privatbank HSBC: „In Deutschland geht es nicht darum, große Banken in der Krise zu retten“ (Schilbe in der FAZ 2008-09). Vielmehr hätten notwendige Konzentrationsprozesse längst stattgefunden.

„Die Ökonomie hat es ja, anders als die Physik, mit einer mitdenkenden Materie (...) zu tun. Und Wirtschaftssubjekte können ihr Verhalten ändern, wenn sich ihre Erwartungen bezüglich der Zukunft ändern“ (Kai Carstensen in der FAZ vom 2008-07).

Andererseits wird so auf einer Metaebene ansatzweise auch aufgezeigt, dass ÖkonomInnen durch das Erstellen von Prognosen, verbunden mit der hohen Bedeutung, der diese durch politische EntscheidungsträgerInnen zuerkannt wird, große Macht besitzen.

Vor allem in Krisenzeiten oder bei „Strukturbrüchen“ nimmt aber die Unsicherheit der Prognosen stark zu, und dann gibt es „überall Unsicherheiten“ (Carstensen) in den Prognoseinstituten. Dies führe dann auch zu Konformität unter den Instituten, denn schließlich gäbe es „da die Angst, isoliert dazustehen“ und daher

„...gibt es auch unter den Prognostikern ein gewisses Herdenverhalten“ (Stefan Kooths vom DIW in der FAZ 2008-07).

Im Diskurs um die Validität von Prognosen und ihren Wirkungen auf die reale Gestaltung von Wirtschaftspolitik fand also zumindest in gewissem Maße auch zu Beginn der Krise Selbstkritik statt.

Stark *kritisiert* wurden die *Zentralbanken und hier insbesondere die amerikanische FED* für ihre zu expansive Geldpolitik der letzten Jahre, da sie eine große Verantwortung für das Entstehen der Blasen an den Immobilienmärkten und in deren Folge der Krisen an den Finanzmärkten trage. Ebenso kritisiert wurde der einzelne Bankmanager. Hier fand eine *Personifizierung der Schuld* an der Krise statt, indem diese als gierig, unersättlich usw. bezeichnet wurden. Nach dem 15.09.2008, an dem die Investmentbank Lehman Brothers zusammenbrach, wurde diese Debatte verschärft geführt, in Deutschland 10 Tage später eingeläutert mit dem Auftreten von Finanzminister Steinbrück im Bundestag, als dieser ankündigte, gegen „ungezügelter Renditerennen“ bzw. „wahnsinniges“ Renditestreben vorzugehen und wo Aufsichts- bzw. Regulierungsfragen dazu thematisiert wurden (Spiegel 2008-09).

4. Quartal 2008: „Regierungskoalition“ ohne „sonderliche Führungsstärke“ trotz „Tsunami“

Realpolitische Ereignisse im Krisenverlauf

Alle kreditfinanzierten Teile des Volkseinkommens in den USA fallen, US-BIP über 6% minus, US-Haushaltsdefizit über 12% des BIP, weltweite Kreditkrise, Drastischer Einbruch der Weltkonjunktur und des Welthandels, starke Währungsschwankungen, Krise in Island, Irland und Osteuropa, Okt: weltweite Zinssenkungen der Nationalbanken, Bankenstützungen in vielen Ländern, Bankenverstaatlichungen (UK), Verfall der Warenbörsen, Liquiditätsschwemme durch Zentralbanken,

Leitzinssätze bis auf (fast) 0 %, Konjunkturprogramme in Industrienationen und China (in Summe über 3% des BIP), Weiteres Sinken der Aktienmärkte, TARP für Bankenstützungen, Ankündigungen von Regulierungen für Finanzmärkte.

Ökonomischer Tsunami

„Niemand konnte sich vorstellen, dass ein solches Ereignis das System weltweit erschüttert: dass Kredite, in Wertpapiere umgewandelt, einen solchen ökonomischen Tsunami auslösen würden, dass die Wellen auch noch den letzten Kleinsparer in der deutschen Provinz überrollen können. "Die Globalisierung der Finanzindustrie reicht viel weiter, als viele dachten", sagt der Ökonom Burda.“ (Spiegel 2008-12)

Regierungskoalition ohne sonderliche Führungsstärke

„Und dabei zeigt nicht einmal die Regierungskoalition bislang sonderliche Führungsstärke: CDU-Kanzlerin Angela Merkel hält offiziell noch immer nichts von weiteren kraftvollen Milliardenhilfen.“ (Spiegel 2008-12)

Gefahr im Verzug

„Denn wenn sich Kreditinstitute kurz- oder langfristig kein Geld mehr leihen würden, „sind die Arterien der Wirtschaft verstopft und es kann zum Infarkt kommen.“ (Thomas Url in den SN 2008-10)

Gefährlicher Staatsaktivismus

„Geschichte wiederholt sich nicht, sagt man, aber der Zyklus von Staat und Markt tut es schon.“ „Es gibt nun einmal den Reflex, in schwierigen Zeiten dem Staat besonders viel zuzutrauen.“ „Das ist gefährlich.“ (Daniel Zimmer in der FAZ 2008-10)

Zentrales Thema im vierten Quartal 2008 war die Rolle der Politik in der aktuellen Situation.

Diskutiert wurde in diesem Kontext die *Entwicklung der Kreditvergaben*. Nachdem das amerikanische BIP stark zurückging aufgrund der Verschuldung der Privathaushalte, kam es zu einer Kredithürde für Unternehmen. Diese wurde vor allem (wieder) mit Bezug auf *psychologische Faktoren* diskutiert, da mangelndes Vertrauen von Banken ineinander und in die Kreditwürdigkeit von Unternehmen zu massiven Einbrüchen im Interbankenmarkt geführt habe, weil durch jede weitere Rettung das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit anderer Akteure sinke. Die Rettung einiger großer Kreditinstitute wurde dennoch größtenteils befürwortet, weil sie die Wirtschaft vor negativen Kettenreaktionen bewahrt hat und manche Institutionen too big to fail sind und ihr Konkurs unkontrollierbare Folgen für das gesamte Wirtschaftssystem hätte. In der „besonderen Situation“ der Krise wurden daher auch Interventionen des Staates im Finanzsektor durch Haftungsübernahmen oder auch durch teilweise Verstaatlichungen nicht grundsätzlich abgelehnt. So meint etwa Thomas Straubhaar:

„Eine Bank sollte komplett verstaatlicht werden können, wenn sie die Hilfe des Bundes benötigt“ (Straubhaar in der FAZ 2008-10).

Zugleich wurden *Maßnahmen des Staates* zur Belebung der Konjunktur kontrovers diskutiert. Einerseits wurde allgemein vor einem „Aktivismus des Staates“ gewarnt. Der Finanzwissenschaftler Stefan Homburg warnte überhaupt vor der „enthemmenden Wirkung“ der Krise für die Politik, denn es dürfe „jetzt jeder alles fordern.“ (Zeit 2008-11) Dahinter stand die mehrheitliche Überzeugung, dass der Staat grundsätzlich nicht zu sehr in die Wirtschaft eingreifen soll. Vom DIW-Chef Klaus Zimmermann wurde darauf verwiesen, dass sich das

„...öffentliche Bankensystem ... im Erkennen und Bewältigen der Krise (nicht) profiliert hat, deshalb sollte man es auch nicht ausbauen“ (Zimmermann in der FAZ 2008-10).

In der Frage der Bewertung des *Konjunkturpakets in Deutschland* ließen sich im Herbst 2008 die beiden unterschiedlichen Standpunkte zur Frage der Staatseinmischung deutlich erkennen.

Während Gustav Horn (vom gewerkschaftsnahen IMK) zwar die konkrete Ausgestaltung des Pakets kritisiert, sieht er doch einen Teufelskreis aus schwacher Konjunktur und Finanzkrise, „den der Staat durchbrechen muss...“ (Horn in der FAZ 2008-11).

Joachim Scheide vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel, das traditionell eher marktliberale Positionen vertritt,⁶ meinte hingegen:

„Ich halte dieses ganze Konjunkturprogramm für nicht sinnvoll. Die Maßnahmen werden verpuffen und nur zu einem höheren Schuldenberg und später steigenden Steuern und Abgaben führen“ (Scheide in der FAZ 2008-11).

Ähnlich argumentiert auch Kai Carstensen:

„Damit lassen sich vielleicht einige Wähler beeindrucken, aber im besten Fall werden die angedachten punktuellen Maßnahmen ein Strohfeuer entfachen, das viele neue Schulden hinterlässt“ (FAZ 2008-10).

Ein weiteres zentrales Thema im Diskurs um die Rolle des Staates war die Funktion bzw. *das Versagen von Regulierungsinstitutionen*. In einem Papier, das Othmar Issing mit fünf Kollegen für die deutsche Kanzlerin Merkel ausgearbeitet hatte,⁷ hieß es, dass es das Ziel sein müsse, weltweit

⁶ Scheide ist ein Schüler von Herbert Giersch (Kühnlenz 2007). Giersch wiederum, der u. a. Vorsitzender im SVR und Präsident der Mont Pelerin Society war, wurde samt des „Giersch-Klubs“ und „Institutsapparates“ schon frühzeitig für seinen ausgeprägten neoliberalen Kurs kritisiert (z. B. Kampe 1985).

⁷ Neben Issing waren beteiligt: der ehemalige EU-Generaldirektor Klaus Regling, der Frankfurter Bankenprofessor Jan Pieter Krahen, der Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen, der

„...ein Aufsichtssystem ohne Lücken zu erreichen“ (Standard 2008-11).

Zur Frage der Verflechtung der internationalen Finanzwirtschaft wurde teils auch relativ starke Kritik geäußert, einerseits an den Aufsichtsbehörden, andererseits an den involvierten Finanzinstitutionen. Hier wurden stärkere Rechnungslegungsvorschriften gefordert sowie höhere Eigenkapitalsicherungen für Banken, aber auch ein Bretton Woods II, das zu einer „vollständigen Neuordnung der Finanzmärkte“ führen sollte (Dieter Härthe, Vorsitzender des Senats der Wirtschaft im Standard 2008-11).

Vor allem im deutschen Diskurs wurde die Frage der *Schuld am Ausbruch* oder die Ursache der Krise zunächst immer mit einem Verweis auf die „US-Krise“ geführt. So sprach der Chef des österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts IHS von einer „chaotischen Situation auf dem amerikanischen Finanzmarkt“, der sich auch auf Europa auswirke (Felderer in SN 2009-09) und es wurde kritisiert, dass die FED „alle Rücksichten fallen lasse“ und nun „Geldpolitik über die Notenpresse“ betreibe (Commerzbank-Ökonom Weidensteiner in der FAZ 2008-12). Von Hans-Werner Sinn hieß es dazu:

„Wir schwimmen wie die Korke auf den Wogen der Weltkonjunktur“. (Sinn im Standard 2008-12)

Im selben Maß, in dem die Krise als amerikanische Krise diskutiert wurde und die europäische Verantwortung primär darin verortet wurde, dass komplexe Verflechtungen von Finanzinstitutionen nicht erkannt wurden, wurde gleichzeitig aber auch betont, dass Deutschland noch stark sei und es etwa nicht darum ginge, große deutsche Banken zu retten. Auch die Schweiz sei nach wie vor wirtschaftlich relativ robust (CS-Chefökonom Neff in der NZZ 2008-10). Letzterer führte weiter aus, dass eher die Stimmung und nicht die Lage schlecht sei. Diese schlechte Stimmung wurde allerdings als problematisch beurteilt, da die Bedeutung von psychologischen Faktoren vor allem für die Kreditvergabe weiter als wichtig eingeschätzt wurde. Pessimistische Prognosen könnten zu einer Self-Fulfilling-Prophecy werden, die letztlich zu einem „Herunterschaukeln“ der Wirtschaft führen könnten und dadurch würden auch alle AkteurInnen „auf Vorrat vorsichtig“ agieren (Wirtschaftsforscher Fritz Breuss in der Presse 2008-12).

Im vierten Quartal 2008 begannen auch die nationalen Argumentationen und Deutschland sah man in der Opferrolle. Aufgrund der besonderen Rolle, die Deutschland innerhalb der EU und des EURO einnimmt, so wurde gewarnt, könne dazu führen, dass *deutsche Sicherheiten durch andere Staaten*

Wirtschaftsabteilungsleiter im Kanzleramt und Jens Weidmann, an der Ausarbeitung beteiligt. Mitglied war auch William White, Chefvolkswirt der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Reiermann 2008) – siehe hier auch unter 6.1. weiter unten.

ausgenützt werden könnten. So sprach der deutsche Ökonom Bernhard Herz von der Gefahr des „moral hazards“, also davon, dass andere Staaten zu große Risiken eingehen würden, weil letztlich Deutschland für die Sicherheit des Euros garantieren würde. Zugleich wurde aber der Euro keineswegs als schwach gesehen und daher bezeichnete auch Klaus Wiener, Ökonom des Versicherers Generali, ein Ausscheiden aus dem Euro als „gänzlich unwahrscheinlich“. Auch wenn die Wirtschaft sich durch die Erhöhung der Staatsschulden anspanne, hieße dies noch lange nicht, „dass es für den Euro zu einer bedrohlichen Situation kommt, davon sind wir weit entfernt“ (Wiener in der FAZ 2008-11). Ebenso hielt er

„...das Ausscheiden eines hochverschuldeten Landes aus dem Euro-Raum für gänzlich unwahrscheinlich. Denn dann würden die Euro-Schulden mit einem Schlag zu Fremdwährungsschulden und die Finanzierung teurer statt billiger...“ (Wiener in der FAZ 2008-11).

1. Quartal 2009: „Keynesian moment“ und kritische Selbstreflexion

Realpolitische Ereignisse im Krisenverlauf

Weitere Konjunkturpakete (BRD, USA), neue Bankenpakete (UK), Bad Banks (Irland, BRD), starke Exporteinbrüche (Japan, BRD, China), plötzliche weltweite Rezession, Osteuropa-Krise, Staatspapierkauf durch Notenbanken (UK), drastischer Rückgang der Exporte weltweit, Banken verstaatlicht (Irland), ab März wieder Anstieg der Aktienbörsen.

„Keynesian moment“

„In der aktuellen Weltwirtschaftskrise dreht der Zeitgeist. Vom "keynesianischen Moment" spricht Paul Krugman, der 2008 mit dem Nobelpreis ausgezeichnete Ökonom. Als sich im Januar die Mitglieder der "American Economic Association" in San Francisco versammelten, war überall der Ruf zu hören: "Die Staatsausgaben müssen kräftig steigen.“ (FAZ 2009-02)

„SPIEGEL ONLINE: Sie begrüßen das Konjunkturpaket der Bundesregierung. In früheren Jahren wäre ein solches Programm ein Tabu gewesen - die meisten Ökonomen lehnten staatliche Eingriffe in die Wirtschaft ab. SCHMIDT: Ich sehe da keinen Widerspruch. Unser Hauptargument gegen staatliche Programme war, dass keiner genau wusste, wo man sich im Konjunkturzyklus befand. Für die Regierung war also unklar, wo sie Impulse setzen sollte. Heute stellt niemand in Zweifel, dass wir es mit einer Rezession zu tun haben. Und da sollte der Staat gegensteuern. SPIEGEL ONLINE: Klingt nach John Maynard Keynes - dem berühmten Ökonomen, der die Wirtschaft durch Staatseingriffe steuern wollte. Sind Sie auf einmal Keynesianer? SCHMIDT: Ich halte nichts von diesem Schubladendenken. Es kommt auf die Situation an: Aktuell bricht die Nachfrage aus dem Ausland weg, also macht es Sinn, wenn der Staat die heimische Nachfrage stärkt. Wenn wir aber auf unseren Wachstumspfad zurückgekehrt sind, wären weitere Konjunkturprogramme falsch. Dann

müssen wir an der Angebotsseite ansetzen, durch eine Deregulierung der Arbeitsmärkte oder Bürokratieabbau. SPIEGEL ONLINE: Vor ein paar Jahren hieß der Guru der Wirtschaftswissenschaften Milton Friedman - ein Ökonom, der auf fast alle Probleme nur eine Antwort kannte: Der Markt soll es richten. Ist der Neoliberalismus jetzt out?
SCHMIDT: Ein guter Makroökonom kann nie nur angebotsorientiert sein oder nur nachfrageorientiert. Ich möchte auf keinen der beiden verzichten - weder auf Keynes noch auf Friedman.“ (Spiegel 2009-03 – Interview mit Christoph Schmidt, Mitglied im SVR)

Kritische Selbstreflexion

„Mathematische Modelle versuchen, komplexe Sachverhalte zu erfassen. Sie sind dabei sehr reduziert und vereinfachen stark, da gehen viele Dinge verloren.“ Es bestehe die Gefahr einer Verengung, sagt Schneider, „denn viele Modelle behandeln nur noch winzige Ausschnitte und Aspekte, das große Ganze wird nicht mehr erfasst, Systemfragen werden nicht mehr gestellt.“ Mit anderen Worten, so deutet Schneider an: Viele moderne Ökonomen sehen den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr - „so wie sie den jetzigen großen Crash nicht vorhergesehen haben.“ (Friedrich Schneider in der FAZ 2009-01)

„Es kam eine neue Bewegung in die Kapitalmarkttheorien: Mathematiker. Leute, die von Ökonomie meist keine Ahnung haben. Ökonomie heißt für mich: Verhaltensgleichungen, Interaktion von Menschen. Die Mathematiker haben komplexe Papiere strukturiert, mit vielen Risikofaktoren aus verschiedensten Märkten, die aber auch immer nur als Unterpapiere auftauchen. Die Ökonomen hätten dies mit rationaler Skepsis betrachten müssen. Sie haben aber eher die Mathematik dahinter, das intelligente Produkt bewundert. Daraus ergab sich die Einstellung: Wir machen die Zukunft.“ (Birger Priddat im Standard 2009-02)

Das erste Quartal 2009 war die „Hoch-Zeit“ der Einsichten. Von Bundespräsident Köhler hieß es:

„Wir haben alle über unsere Verhältnisse gelebt...“ (Die Welt 2009).

Der ökonomische Diskurs ging stärker in Richtung *Revitalisierung keynesianistisch geprägter nachfrageorientierter Politik* mit staatlicher Konjunktursteuerung, erkennbar auch am Auftritt von Paul Krugman im Januar 2009, als dieser auf dem Treffen der American Economic Association in San Francisco vom „Keynesian moment“ sprach. Dieses „*keynesian Moment*“ zeigte sich auch in den deutschen Massenmedien:

Erstens waren nun prominente keynesianische Ökonomen wie Rudolf Hickel oder Jürgen Kromphard präsent in den Medien.⁸ Ebenso befürworteten im internationalen Diskurs vormals eher dem neoklassischen Mainstream zuzurechnende ÖkonomInnen nun ebenfalls eine stärkere Rolle des Staates in der Wirtschaft. So äußerte z. B. der amerikanische Ökonom Martin Feldstein, der als ökonomischer Berater Ronald Reagans die neoliberale Ideologie eines schlanken Staates forcierte, dass er eine Erhöhung der Staatsaufgaben befürworte, obwohl es, wie er sagte „...mir nicht leichtfällt...“ (Feldstein in der FAZ 2009-02).

⁸ Siehe hier die Auswertung zur Präsenz (Abschnitt 5.1.3.).

Zweitens wurde in den deutschsprachigen Massenmedien die Politik allgemein als mittlerweile keynesianische dargestellt (z. B. Bornhöft et al. (2009) für Deutschland, Marin (2009) für Österreich. Im Standard vom 22.02.2009 hieß es dazu: „Von Keynes zu Hayek und wieder zurück“ (Sperl 2009).

Drittens traten die deutschen ÖkonomInnen insgesamt zumindest relativierend auf, wie der Wirtschaftsweise Christoph Schmidt:

„Ein guter Makroökonom kann nie nur angebotsorientiert sein oder nur nachfrageorientiert. Ich möchte auf keinen der beiden verzichten - weder auf Keynes noch auf Friedman.“ (Schmidt im Spiegel 2009-03).

Und von dem neoliberalen Journalisten Hans D. Barbier, der bei Herbert Giersch Ökonomie studierte und danach von 1969 bis 2002 bei der FAZ tätig war (Nordmann 2009, 263), wurde dieses „Moment“ genutzt, um im Zuge der Befürwortung keynesianischer Maßnahmen daran zu erinnern, dass dies nichts mit „linker Politik“ zu tun habe:

„Keynes war kein schlechter Ökonom. Dass sich der gegensteuernde Staat als konjunkturglättende Figur abnutzt, war ihm, dem Steuermann der Makroökonomik, durchaus geläufig. Und wahrscheinlich wäre er es – der manchem Linken als einer der Ihren gilt –, der davon abriete, beim Schnüren eines Konjunkturpakets mit mindestens einem Auge auf Kennziffern der Verteilungsgerechtigkeit zu schielen. Der keynesianische Nachfragestoß, den der Staat mit einem kreditfinanzierten Etatdefizit auslöst, ist ein gerechtigkeitsblinder Lückenfüller.“ (FAZ 2009-02).

Dieses keynesianische Moment hatte neben dem internationalen Diskursanstoß seine Ursache im Verlauf der Ereignisse: Denn nach den schlechten Konjunkturdaten im ersten Quartal 2009 sowie durch die sich gegenseitig verstärkenden pessimistischen Prognosen und die Unsicherheit zum Bestand an toxischen Papieren und den damit verbundenen Kredithürden kam es zu weiteren Konjunkturprogrammen in Europa und den USA sowie zu neuen Bankenrettungsprogrammen.

Aufgrund dieser massiven Eingriffe wurde auch eine Erholung oder Stabilisierung frühestens erst ab dem zweiten Halbjahr 2009 erwartet. Dabei wurde von den meisten ÖkonomInnen von einer positiven *Wirkung von Konjunkturprogrammen* in den meisten Prognosen ausgegangen. So meinte etwa Klaus Abberger vom ifo in München:

„Wenn weltweit die Konjunkturprogramme wirken, wird es zumindest eine Stabilisierung geben, wenn auch noch keinen Aufschwung“ (Abberger in der FAZ 2009-02).

Rudolf Hickel hingegen betonte vor allem auch die Bedeutung des Staates in der Arbeitsmarktpolitik, da durch Eingriffe des Staates in die Wirtschaft durch den direkten Erwerb von Sperrminoritäten (etwa im Fall von Continental) auch verhindert werden könne, dass es zu ausländischen Übernahmen und massivem Jobabbau kommen könnte. Eine weitere wichtige Rolle spiele der Staat auch für das

Finanzsystem, da er Sicherheit biete. Bernhard Gräf von der Deutschen Bank äußerte in diesem Zusammenhang, dass die Erhöhung der Staatsschulden aufgrund der Konjunktur- und Bankenrettungsprogramme „kein großes Problem“ sei, weil der Staat eben Sicherheiten biete, die gerade durch die großen Unsicherheiten über faule Kredite momentan fehlen würden (Gräf in der SZ 2009-01).

Dennoch gab es weiterhin auch ÖkonomInnen, die vor der starken Aktivitäten und *Einflussnahmen des Staates* in die Wirtschaft generell warnten. So äußerte der Finanzwissenschaftler Stefan Homburg:

„Mit dem hilflosen Versuch, Banken und andere Unternehmen in großem Stil zu verstaatlichen, gerät der Staat selbst in eine gefährliche Schieflage“ (SZ 2009-02).

In einem Interview in der FAZ wurde Homburg noch deutlicher:

„Aller Erfahrung nach kann man die Konjunktur mit Programmen nicht steuern. In erster Linie verschleudert man Geld, das sinnvoller eingesetzt werden könnte“ (FAZ 2009-01).

Und Justus Haucap, Vorsitzender der deutschen Monopolkommission, wies darauf hin, dass die Eingriffe des Staates zu „massiven Verschiebungen auf den Märkten“ führen würden (SZ 2009-02). Damit verbunden war die Vorstellung, dass sowohl durch die staatliche Einflussnahme als auch durch die Unsicherheit über toxische Papiere in den Bilanzen die Entstehung von „objektiven Marktpreisen“ und somit die Effizienz der Märkte verhindert werde.

Die auch von vielen Bankenvertretern mitgetragene These, dass es dadurch für bestimmte Wertpapiere keine Marktpreise gäbe, wurde aber nicht nur als Marktversagen angesehen, sondern als Beispiel für eine „...Anmaßung von Wissen...“⁹ (in der FAZ 2009-02) diskutiert. Die logische Konsequenz daraus sei daher ein Rückzug des Staates aus den Rettungsprogrammen, da die Selbstheilungskräfte des Marktes dann für eine Rückkehr zu einem Gleichgewicht sorgen würden. Dieser Tenor zur Wissensanmaßung zeigte sich auch in der Kritik von Johann Eeckhoff zum Bürgschaftsprogramm des deutschen Staates. Als Sprecher des Kronberger Kreises meinte er dazu, dass der Staat nie entscheiden könne, welche Firmen unschuldig und welche schuldig in Not geraten sein.

„Solche Fragen weiß kein Beamter zu beantworten (...) dafür fehlt ihm die Expertise...“ (Eeckhoff im Spiegel 2009-01).

⁹ „Anmaßung des Wissens“ ist der Titel der Nobelpreisrede von Hayek, in dem er die These aufstellt, dass einzelne Individuen letztlich Makroprozesse wie das Wirtschaftssystem nicht verstehen könnten und somit jegliche Aussagen dazu – und daher natürlich auch Wirtschaftspolitik insgesamt – eine intellektuelle Anmaßung sei, was er besonders „den Sozialisten“ vorwirft (Hayek 1979).

Ähnlich argumentiert auch Lars-Hendrik Röllner. Er befürchtet, dass den falschen Firmen geholfen wird und „...tendenziell manche Beihilfen bestehende Wirtschaftsstrukturen...“ einfrieren würden (Röllner in der Zeit 2009-03).

Ebenso wurde die *Wirksamkeit von Konjunkturprogrammen* kritisiert. In der keynesianischen Denklogik wird bekanntlich davon ausgegangen, dass Staatsausgaben über Multiplikatorenprozesse verstärkt werden und damit zusätzliches Wachstum generieren. Volker Wieland vom Center of Financial Studies in Frankfurt veröffentlichte hingegen eine Studie mit dem Titel „Neukeynesianische versus Altkeynesianische Multiplikatoren staatlicher Ausgabenprogramme“, über die in der Zeit berichtet wurde. Darin wurde ein Modell mit rational handelnden AkteurInnen vorgestellt und daher davon ausgegangen, dass Individuen durchschauen würden, dass der Staat zwar heute die Ausgaben erhöht, dafür aber in nächster Zeit die Steuern erhöhen wird. Daher reagieren die Menschen mit Konsumenthaltung und die Auswirkung der Staatsausgaben wird daher soweit verringert, dass für jeden Euro an Staatsausgaben, das Wachstum nur um 40 Cent steigt (vgl. Wieland in der Zeit 2009-03).¹⁰

Neben den Auseinandersetzungen um die Wirkung von Konjunkturpaketen wurden zudem *staatliche Interventionen und im Zusammenhang damit auch die expansive Geldpolitik der Zentralbanken* kritisiert, weil damit eine massive Inflationsgefahr aufgebaut werde. Der Chefökonom von Barclays International und Mises-Anhänger, Thorsten Polleit, warnte daher vor einer drohenden Hyperinflation und plädierte für eine Rückkehr zum Goldstandard, da hier gesichert wäre, dass der Staat „den Preis des Geldes nicht mehr beliebig nach unten manipulieren“ könnte (Spiegel 2009-01). Diese Denkweise und vor allem die Warnung vor einer Hyperinflation wurden allerdings von anderen Ökonomen, z. B. von Bert Rürup und Norbert Walter, entschieden abgelehnt. Dennoch bot die Diskussion um die Finanzkrise auch Raum für Anhänger des Goldstandards und die *Ablehnung des staatlichen Geldsystems*, wie etwa auch von Guido Hülsmann oder Joseph Salerno, ersterer Fellow, zweiterer Vizepräsident am Ludwig von Mises Institute (Ludwig von Mises Institute 2012).

Ein weiterer Diskursstrang im ersten Quartal 2009 kann als stärkere *Selbstreflexion* der ÖkonomInnen bezeichnet werden.

Erstens ging es dabei um die *(Mit-) Verantwortung* für die Entstehung der Krise. Dabei wurde eine ethische Dimension sichtbar und es wurde die Frage der Ausbildung von jungen ÖkonomInnen an den Universitäten thematisiert. So kritisierte etwa Birger Priddat, dass schon im Studium eine Art

¹⁰ Diese These geht zurück auf die „Permanent-Income-Hypothese“ von Milton Friedman, die ebenfalls davon ausgeht, dass Individuen ihre Konsumausgaben für die Zukunft immer rational planen und daher Fiskalpolitik keine Wirkung hätte.

Korpsgeist geherrscht habe, in dem die Haltung als „karrieregeil, profitgeil“ beschrieben werden kann. Da viele ProfessorInnen hier kein Gegengewicht bildeten, hätten die StudentInnen

„...die Haltung aber als zieladäquates Bewusstsein für den späteren Beruf missverstanden. So haben die jungen Leute angenommen, dass ihre Einstellung für sie, ihr Konto, auch für die Wirtschaft generell das Beste ist“ (Priddat im Standard 2009-02).

Auch Udo Steffens, Präsident der Frankfurt School forderte eine Verankerung ethischer Grundsätze in wirtschaftswissenschaftlichen Studien und meinte:

„Wir werden ja auch gefragt, ob wir eigentlich das Richtige gelehrt haben: 25 Prozent Eigenkapitalrendite, freie Märkte und so weiter. Dazu müssen wir jetzt Position beziehen und sagen: Es war nicht alles richtig“ (Steffens in der SZ 2009-01).

Zweitens wurde das Versagen der ÖkonomInnen thematisiert, insbesondere als *Nicht-Erkennen* der Finanzkrise, was letztlich auch auf die diesbezügliche Frage der britischen Queen an die führenden ÖkonomInnen Englands zurückging.¹¹ Damit im engen Zusammenhang stand die Frage nach der *Ausrichtung der Ökonomie*. Diese wurde in Deutschland zusätzlich dadurch forciert, dass zu dieser Zeit in Köln Lehrstühle für Wirtschaftspolitik abgebaut werden sollten und dies verstand man als „Schulen“-Entscheidung gegen eine ordoliberalen Ausrichtung.¹² Hier debattierten jüngere, mathematisch orientierte ÖkonomInnen mit älteren, eher die Rolle der Ordnungspolitik betonenden ÖkonomInnen. Der Vorwurf der Mathematisierung der Ökonomie bezieht sich darauf, dass mathematische Formalisierungen zum Selbstzweck geworden seien, wie es schon im Jahr 2000 in den Forderungen gegen eine „postautistische Ökonomie“ kritisiert wurde.¹³ Auch nicht ordoliberal ausgerichtete ÖkonomInnen äußerten sich hierzu kritisch.

Otmar Issing äußerte z. B., es hätte eine

„...rein mathematische Ökonomie zu den wirklichen Problemen nichts zu sagen...“ (Issing in der FAZ 2009-01).

Gleichzeitig könne eine wissenschaftliche Karriere in der Ökonomie nur durch das Beherrschen von mathematischen Modellen erfolgreich verlaufen. Auch Michael Wohlgemuth vom Freiburger Eucken-Institut beklagte, dass Dogmengeschichte und die Geschichte der Ökonomie vernachlässigt werde. Dadurch gingen ältere Theorien den ÖkonomInnen verloren und

¹¹ Anfang November 2008 an der London School of Economics, wo sie fragte: „...why no one saw the credit crunch coming“ (Pierce (2012)).

¹² Siehe hier z. B. in: Heß (2010). Ausführlich dazu in: Caspari/Schefold (2011), siehe auch unten zum Spezialdiskurs und den entsprechenden Stellungnahmen.

¹³ In: z. B.: Dürmeier et al. (2006).

„...daher stehen sie jetzt auch so überrascht vor den neuen Weltwirtschaftskrise...“
(Wohlgemut in der FAZ 2009-01).

Die deutliche Gegenposition wurde von jüngeren und internationaler orientierten ÖkonomInnen vertreten. Hier herrschte die Auffassung vor, dass die mathematischen Formulierungen eine klare Form der Argumentation ermöglichen, dazu zwingen würden, alle Annahmen der Modelle offenzulegen sowie, dass sie empirisch und damit anwendungsnah seien. Damit sei die formalistische Ökonomik auch wissenschaftlicher, so z. B. Clemens Fuest (Fuest in der FAZ 2009-01).

Warum mit dieser anwendungsnahen Ökonomik trotzdem kaum jemand die Finanzkrise voraussah, bildete den *dritten Argumentationsstrang: Die Makroökonomie sei nicht genügend gerüstet*, denn sie würde für solch Ausnahmesituationen nicht die richtigen Modelle verfügen, äußerte der Chef des DIW Zimmermann schon Ende Dezember 2008, da es kein Modell gibt, dass eine Finanzkrise berücksichtigt“ (FAZ 2008-04). Auch Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, gab zu: „Wir erleben ... im Moment, wie uns die Modelle und Zahlen unter der Hand zerbröseln.“

Allerdings trug Hüther nicht die Forderung von Zimmermann mit, der aufrief, für solch Krisenzeiten Prognosen auszusetzen, denn

„Es bestehe bei sehr düsteren Prognosen die Gefahr von sich selbst erfüllenden Prophezeiungen“ (FAZ 2008-04).

Am 11.04.2009 machte Zimmermann diese Ankündigung dann wahr und er erklärte, dass das DIW für 2010 keine Prognose liefern werde.

2. Quartal 2009: „Versagen der staatlichen Aufsicht und der Politiker“ und „noch nicht ... geeignete Instrumente“

Realpolitische Ereignisse im Krisenverlauf

Weltrezession, über 5% minus BIP in USA, Öl steigt von Tiefkurs wieder, Arbeitslosigkeit auf Rekordhoch, Kurzarbeit in Deutschland und Österreich, steigende Staatsschulden in fast allen Ländern, Krise in Osteuropa und in der Türkei, gegenseitige Währungs-Swaps der Nationalbanken, weitere Bankenbeteiligungen in USA.

Noch nicht ... geeignete Instrumente

„Seit der Verschärfung der Finanzkrise laufen alle Vorhersagen der tatsächlichen Entwicklung drastisch hinterher“, sagte der DIW-Präsident. Sämtliche Prognostiker hätten die Dynamik der Krise unterschätzt. ... Selbstkritisch heißt es dazu vom DIW, die Konjunkturforschung verfüge noch nicht über geeignete Instrumente, um Wendepunkte und besonders beginnende Abschwünge zu erkennen ... Strukturmodelle, die in normalen

Zeiten verlässliche Prognosen liefern, stoßen bei historischen Wachstumseinbrüchen an die Grenzen des Machbaren.“ (FAZ 2009-04, Klaus Zimmermann zitierend)

Versagen der staatlichen Aufsicht und der Politiker

„Keine Krise der Marktwirtschaft kann er (Hans-Werner Sinn-Anm. d. Verf.) erkennen, weil die Krise ja aus den USA über die Welt gekommen sei ... Nur ein Regulierungsversagen könne er erkennen, ein Versagen der staatlichen Aufsicht und der Politiker.“ (Der Spiegel 2009-05, hier Hans-Werner Sinn zitierend)

Trotz thematisierten Deutungsversagen seitens der ÖkonomInnen im letzten Quartal konnte die Versagensdeutung in diesem Quartal wieder zunehmend auf das Versagen des Staates und der Politik gelenkt werden, während das eigene Deutungsversagen zum „technischen“ Problem fehlender Makromodelle erklärt wurde.

Ein Diskursthema hinsichtlich des potentiellen Versagens des Staates war das deutsche *Konjunkturpaket II*. Vor dem Hintergrund von Konjunkturdaten, „wie sie schlimmer nicht sein können“ (Sinn im Spiegel 2009-05) wurden Eingriffe des Staates in die Wirtschaft sowie die Erhöhung der Staatsquote durch Beteiligungen an Unternehmen von vielen ÖkonomInnen besorgt wahrgenommen, da damit ökonomische Dynamik, die nötig sei, um den Staatshaushalt zu konsolidieren, verhindert werde (vgl. RWI-Ökonom Gebhardt in der FAZ 2009-06). Dazu setzte sich auch immer mehr die Meinung durch, dass es nur zu einer sehr langsamen Erholung der Wirtschaft kommen wird. So meinte der Ökonom Max Otte, der nach dem Erscheinen seines Buches „Der Crash kommt“ schon im Jahr 2006 medial als „Crash-Prophet“ titulierte¹⁴, dass es zu einer zwei bis drei Jahre dauernden Rezession mit steigender Arbeitslosigkeit und später auch hoher Inflation kommen würde und die Erholung nur sehr langsam stattfinden wird (Otte in der NZZ 2009-05).

Verbunden mit der überwiegenden Ablehnung staatlicher Interventionen in die Wirtschaft wurde in den Medien dies sogar zur Frage des Ordnungssystem hochstilisiert. So hieß es in der FAZ sogar:

„Staatseinfluss wächst auf Rekordniveau ... Mancher sieht Deutschland an der Grenze zum Sozialismus...“ (FAZ 2009-06).

Auch von vielen ÖkonomInnen wurde die *Rolle der Politik* nun noch stärker kritisiert. So meint etwa Clemens Fuest im Verweis auf die staatlichen Konjunkturprogramme und dabei insbesondere die Abwrackprämie:

„Mit derartigen Ankündigungen verfolgen Politiker persönliche Ziele der Machterhaltung. Ihnen ist dabei offenbar gleichgültig, dass dies die Steuerzahler viel Geld kostet“ (FAZ 2009-06).

¹⁴ Z. B. in: Sedlmaier (2011).

Die Abwrackprämie wurde auch von Hans-Werner Sinn massiv kritisiert, in diesem Zusammenhang das Problem der Staatsverschuldung immer mehr thematisiert und ein strikterer Sanierungskurs gefordert. Auch ging es um die im Mai 2009 beschlossene und ab 1. August geltende „Schuldenbremse“, die dafür sorgen sollte, dass Neuverschuldungen des deutschen Bundes und der Länder unterbunden und damit das Haushaltsdefizit verringert werden.¹⁵ Zum Konjunkturpaket II argumentierte Klaus Zimmermann:

„Kurzfristiger Aktionismus nutzt nichts“ (Zeit 2009-05).

Letztlich könnten diese höheren Staatsausgaben den Abschwung nicht verhindern und würden nur noch höhere Schulden mit sich bringen, die dann wiederum den Handlungsspielraum des Staates einengen würden. Fuest meinte ebenfalls, dass es zu keinen neuen Ausgaben oder kreditfinanzierten Steuerrabatten mehr kommen sollte.

„Die Zeiten, in denen solche Vorhaben kreditfinanziert wurden, sind mit der Schuldenbremse endgültig vorbei“ (Fuest im Spiegel 2009-06).

Wesentlich positiver wurden die Konjunkturprogramme von Konjunkturbefürwortern beurteilt. So meinte Peter Bofinger zur Kritik an der Abwrackprämie:

„Das ist typisch deutsch: Da hat man etwas, das funktioniert, und sofort ist das besonders verdächtig. Die Menschen kaufen Autos, so war das gewollt. Natürlich verschulden sie sich dafür, natürlich besteht das Problem, dass danach ein Loch kommt. Doch das ist bei allen Konjunkturprogrammen so. Es geht darum, einen Abwärtsprozess zu stoppen, bis die Selbststabilisierungskräfte des Marktes wieder greifen“ (Bofinger in der FAZ 2009-05).

Auch der Chefökonom der OECD, Klaus Schmidt-Hebbel

„...begrüßt das Programm, auch wenn es noch etwas größer sein könnte...“ (Schmidt-Hebbel in der Zeit 2009-05).

Während in den Massenmedien in dieser Zeit wie schon oben sogar systembezogen polarisiert wurde:

„Warum der Kapitalismus nicht aus seinen Fehlern lernen kann“ (Spiegel 2009-05)

Und gleichzeitig gefragt bzw. diagnostiziert wurde:

„Was ist schiefgelaufen? Die ÖkonomInnen in der Sinnkrise“ – FAZ 2009-04)

¹⁵ Es gab allerdings auch eine breite Front von ÖkonomInnen, die gegen die Schuldenbremse aufgetreten sind – siehe dazu weiter unten den Appell „Die Schuldenbremse gefährdet die gesamtwirtschaftliche Stabilität und die Zukunft unserer Kinder“, verfasst Peter Bofinger und Gustav Horn und von 200 Ökonomie-ProfessorInnen unterzeichnet.

wurde seitens der meisten ÖkonomInnen mit dem „...Erreichen der Talsohle...“ das Ende der ökonomischen Schwierigkeiten anvisiert.

„Die Talsohle der Rezession dürfte bald erreicht sein. Davon jedenfalls gehen Konjunkturexperten und Unternehmen gleichermaßen aus. Die Konjunkturmfragen bestätigten die Annahmen der meisten Institute, sagte der Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitutes (HWWI), Thomas Straubhaar.“ (Spiegel 2009-06).

Dadurch wurde nun verstärkt ein Versagensdiskurs geführt, der eher wieder auf Staat, Politik sowie Häuslebauer und Investmentbanker zielte. Im Spiegel hieß es mit Bezug auf Hans-Werner Sinn dazu z.B. zusammenfassend:

„Ein Ökonom wie Hans-Werner Sinn ist natürlich besonders gefragt, er leitet das Münchner Ifo-Institut, und wenn die Kanzlerin die Mächtigen der Republik zum Krisengipfel bittet, dann trägt er vor, wie es steht um Deutschland. Er hat eine Marktradikale wie Margaret Thatcher bewundert, er hat den Deutschen in Talkshows immer wieder "weniger Staat, mehr Markt" eingehämmert, und nun steht er im großen Atrium der Münchner Sparkasse vor 500 Zuhörern und soll den Büßer geben. Aber er denkt nicht dran. Keine Krise der Marktwirtschaft kann er erkennen, weil die Krise ja aus den USA über die Welt gekommen sei, aus "dem Land des Raubtierkapitalismus", in dem die Banken machen konnten, was sie wollten, die Politiker sie nicht kontrollierten und auch solchen armen Leuten Häuser versprochen, die sie sich gar nicht leisten konnten. Nur ein Regulierungsversagen könne er erkennen, ein Versagen der staatlichen Aufsicht und der Politiker; wenn überhaupt ökonomisches Versagen, dann vor allem bei den Häuslebauern und weniger bei den Investmentbankern.“ (Spiegel 2009-05)

Ganz anders äußerte sich hier Straubhaar, der sogar eine vollständige Bankenverstaatlichung forderte mit Verzicht der Aktionäre auf Eigenkapitalansprüche:

„Überall, wo der Staat eine Bürgschaft übernimmt, sollte die Bank dafür eine hohe Prämie zahlen müssen... Und bei weiter gehenden Maßnahmen wie etwa einer Beteiligung am Eigenkapital sollte man zuerst eine Rechtsformänderung vornehmen und die alte Bank untergehen lassen, aber dann gleich wieder durch eine neu zu gründende staatliche Auffangbank ersetzen. Dadurch würde das bisherige Eigenkapital seinen Wert vollständig verlieren. ZEIT ONLINE: Sie fordern ernsthaft eine vollständige Verstaatlichung?
Straubhaar: Ja. Zuerst müssen natürlich die Aktionäre auf ihre Eigenkapitalansprüche verzichten. Aber dann bin ich dafür, die Bank einer staatlichen Auffanggesellschaft zu überschreiben. ZEIT ONLINE: Aber dann wären die Aktionäre die Gelackmeierten.
Straubhaar: Ich habe kein Mitleid mit den privaten Aktionären der Banken. Sie haben das gesamte Schlamassel mitverursacht... Die Aktionäre müssen bluten, weil sie die Aufsichtsräte gewählt haben, die ganz offensichtlich die von ihnen ausgewählten Vorstände nicht ausreichend kontrolliert haben. Die Aufsichtsräte sind im Übrigen auch für die hohen Boni verantwortlich, die sie mit den Vorständen vereinbart haben.“ (Die Zeit 2009-05).

Der zweite Diskursstrang im zweiten Quartal 2009 bezog sich wieder auf die ÖkonomInnen selbst und hier auf die Frage der *Sinnhaftigkeit und Aussagekraft von Prognosen*. Auslöser dafür war die schon

thematisierte Ankündigung von DIW-Chef Klaus Zimmermann, keine Prognose für das Jahr 2010 zu erstellen, da

„...seit der Verschärfung der Finanzkrise alle Vorhersagen der tatsächlichen Entwicklung drastisch hinterher (laufen)...“ (FAZ 2009-04).

Zimmermann kritisiert in dem Zusammenhang auch das „Herdenverhalten der ÖkonomInnen“, die sich gegenseitigen in immer pessimistischeren Vorhersagen unterbieten und somit die negative Stimmung immer weiter verbreiten würden. Die Ankündigung Zimmermanns führte in der Folge zu heftigen Protesten anderer ÖkonomInnen und somit zur weiteren Präsenz dieses Themas im Diskurs. Bert Rürup äußerte dazu, dass Wirtschaftsforscher, die nur in guten Zeiten Prognosen machen würden, eigentlich ihren Job verfehlt hätten (SZ 2009-04). Rürup polemisierte dabei auch gegen Zimmermann, dass dieser nun kein Recht habe, sich zu einem möglichen dritten Konjunkturpaket zu äußern, da er diese Frage ja ohne Prognose nicht qualifiziert beantworten könne. Etwas gemäßiger drückt sich Peter Bofinger aus. Er meint zwar ebenfalls, dass Prognosen wichtig seien, um eine Orientierung zu geben, führt aber weiter aus:

„Ich könnte mir aber vorstellen, dass wir zurückhaltender werden. Wenn wir auf die Kommastelle genau 2,1 Prozent Wachstum prognostizieren - das gaukelt eine Präzision vor, die wir nicht leisten können“ (Spiegel 2009-05).

Zur Frage der Zurückhaltung argumentierte Zimmermann ähnlich und noch deutlicher:

„Nein, wir sind nur ehrlich. Warum sollten wir sagen, wir wissen etwas, wenn das nicht stimmt? Wohin das führt, haben wir in den letzten Monaten beobachten können. Seit Beginn der Finanzkrise waren alle langfristigen Prognosen falsch. Unsere, aber auch die der anderen. So verwirren wir das Volk – und laufen Gefahr, dass uns niemand mehr zuhört“ (Die Zeit 2009-04).

Es ging in dieser Frage daher auch um die Glaubwürdigkeit von ÖkonomInnen, die in der Finanzkrise erheblich gelitten hatte und in anderen Diskursen und Medien thematisiert wurde.¹⁶ In diesem Zusammenhang wurde daher auch von mehreren Seiten Selbstkritik geübt.

Die Kritik an der Unzuverlässigkeit von Prognosen führte zudem weiterführend auch zur *Kritik an den (neoklassischen) makroökonomischen Modellen*, die nun auch im massenmedialen Diskurs präsent war. Mit Fokus auf die Finanzmärkte äußerte Bofinger z. B. pointiert:

„Wir haben sehr ausdifferenzierte makroökonomische Modelle, sie haben nur einen Nachteil: Es gibt keinen Finanzsektor. Das finde ich bemerkenswert, insbesondere in der

¹⁶ Z. B. im internationalen Diskurs – siehe hier z. B. Krugman, der auch 2009 fragte: „How Did Economists Get It So Wrong? (Krugman 2009); oder in Buchmedien, siehe hier z. B. „Die Blindgänger: Warum die ÖkonomInnen auch künftige Krisen nicht erkennen werden.“ (Nienhaus 2009).

Europäischen Zentralbank: Auch deren sehr kompliziertes Modell kennt keinen Finanzsektor. Man nimmt an: Jeder Mensch hat alle Informationen, die er braucht, es gibt keine Unsicherheit. Dann ist Geld irrelevant, und den Finanzsektor kann man wegnorieren, weil er perfekt rational arbeitet...“ (Bofinger in der FAZ 2009-05).

Diese Diskrepanz tritt noch verschärft hervor, da gerade in der Hoch-Zeit der Finanzmärkte immer wieder neue innovative, komplexe Finanzprodukte entworfen wurden, die die Arbeit der Regulierungsbehörden erschwerten. Der Generalsekretär des Brüsseler EU-Ratssekretariats, Carsten Pillath, äußerte daher:

„Eine Marktaufsicht braucht durchgetestete Modelle, um das, was dort abläuft, zu bewerten. Die gibt es aber nicht...“ (Spiegel 2009-05).

Daher würde man auch mit demselben Unwissen in die nächste Krise schlittern

Insgesamt hatte diese Kritik aber – wie im ersten Teil der Ausführungen zu diesem Quartal gezeigt – nicht die grundsätzlichen Positionen der Mehrheit der ÖkonomInnen erschüttert. Sondern diese sahen in der Finanzkrise nur einen Ausnahmezustand, der durch Versagen (persönliches von Bankern, Managern usw.) bzw. (schon Ende 2008) vor allem bei dem Staat, der Politik usw. gesehen wurde, bzw. – auf sich selbst reflektierend – in der Makroökonomie durch noch nicht die geeigneten Modelle.

3. Quartal 2009: „Das „zarte Pflänzchen der Konjunktur jetzt nicht durch ... Zurückhaltung der Banken austrocknen“

Realpolitische Ereignisse im Krisenverlauf

Deflation in den Eurostaaten (BRD), weniger Kredite im Euroraum, hohe Arbeitslosigkeit, Hedgefonds erholen sich, Wirtschaftskrise in EU (UK), EU-Kommission für Abbau der Staatsschulden, Ausweitung von TALE, Welthandel erholte sich, Kreditklemme in EU verringerte sich, Bad Bank und Sparpaket in Irland.

Das „zarte Pflänzchen Konjunktur ... nicht austrocknen“

„Der Chefvolkswirt des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Volker Treier, warnte davor, das „...zarte Pflänzchen Konjunktur“ jetzt nicht durch eine übergroße Zurückhaltung der Banken auszutrocknen. Viele Unternehmen brauchten für die neuen Aufträge Kredite zur Vorfinanzierung. Die Geldinstitute sollten bei der Kreditvergabe deshalb jetzt nicht auf die stark gesunkenen Umsätze in der Vergangenheit schauen.“ (SZ 2009-07)

Ordnungspolitische Forderungen

„Es ist ein systemischer Fehler im Finanzbereich, nicht ein Fehler des kapitalistischen Systems. Ein Problem waren die unzureichenden Eigenkapitalvorschriften, die die Manager an der Wallstreet zu Glücksrittern gemacht haben. Marktwirtschaft ist ja kein System, wo jeder tun und lassen kann, was er will. Es braucht einen starken Ordnungsrahmen, den ein starker Staat setzen muss. Das ist Neoliberalismus im Gegensatz zum Paleoliberalismus.“ (Sinn in der Zeit 2009-07)

Zentraler Diskurs im dritten Quartal 2009 war die Frage der *Konjunkturerwicklung*. Während durch die Konjunkturpakete in ganz Europa vor allem die Industrie – die in Deutschland strukturell gerade für die Exportwirtschaft sehr wichtig ist – staatlich gestützt wurde, gab es hier auch einen Aufschwung von 3,5% im Juli (vgl. FAZ 2009-09). Ähnlich wurde die Lage auch für Österreich analysiert – Stefan Bruckbauer, Chef-Ökonom der Bank Austria verkündete:

„Die heimischen Industrieunternehmen waren im August mit dem stärksten Auftragsanstieg seit mehr als zweieinhalb Jahren konfrontiert.“ (Bruckbauer im Standard 2009-08)

Insofern wurden mit zeitlichem Abstand die Konjunkturpakete auch als positiv beurteilt. Rudolf Hickel meinte, dass ohne die Konjunkturpakete einzelne Branchen „wirklich tief abgestürzt“ wären (vgl. Hickel in der SZ 2009-09). Und auch Hans-Werner Sinn, Chef des ifo, der sonst nicht unbedingt keynesianisch argumentiert, hält fest, dass „die Programme in dieser Größenordnung notwendig sind“ (Sinn in der Zeit 2009-09). Kritisiert wurde allerdings, dass die Konjunkturpakete einerseits zu spät initiiert wurden und andererseits zu selektiv einzelne Branchen gestützt wurden.

Dazu wurde von einigen ÖkonomInnen vor der Gefahr der *Staatsverschuldung* gewarnt und Stefan Bach forderte:

„Die nächste Regierung muss in großem Stil Ausgaben kürzen“ (Bach in der SZ 2009-09).

Gleichzeitig wurde in vielen Kommentaren davor gewarnt, das Ende der Krise zu bald auszurufen, da viele Bereiche noch von der staatlichen Stützung abhängig wären und somit ein zu restriktives staatliches Vorgehen schnell wieder in neue Krisensituationen führen könnte. Otte spricht etwa von „Horrorzeiten“, in denen jedes „Notfallprogramm“ recht wäre, die Konjunktur zu stärken und einen Weg aus der Rezession zu finden (Spiegel 2009-08). Zimmermann befürchtete, dass

„...sich das Virus des Pessimismus verbreitet (...), dass sich die Spirale nach unten dreht“ (Spiegel 2009-08).

Auch der deutsche Bundesbankpräsident Axel Weber warnt davor, das Ende der Krise zu früh auszurufen und Wolfgang Franz, der Chef des SVR meint, dass zwar bezogen auf die Konjunktur „...das

Schlimmste nun überstanden...“ sei, das Schlimmste auf dem Arbeitsmarkt aber noch bevorstehe (Die Zeit 2009-09).

Neben der schwachen Konjunktur wurde vor allem die ansteigende *Arbeitslosigkeit* als großes Problem für die nächste Zeit erachtet. Die Auswirkungen der Finanzkrise hätten sich zunächst auf die Realwirtschaft ausgebreitet. Hier wurden durch Konjunktur- und Rettungspakete von staatlicher Seite Rettungsmaßnahmen gesetzt, die die Krisenauswirkungen eingedämmt haben. Dazu zählten auch Maßnahmen die staatlich geförderte Kurzarbeit, die gerade im Finanz- und Industriesektor als „Puffer“ gewirkt und somit viele Kündigungen verhindert habe. Ab Sommer 2009 stieg aber die Arbeitslosigkeit auch in allen anderen Branchen an (so Gaillard in der NZZ 2009-09 für die Schweiz, Pudschedl im Standard 2009-08 für Österreich, Horn in der Zeit 2009-07 für Deutschland). Die steigende Arbeitslosigkeit wurde als Nachwirkung der Finanzkrise betrachtet. Von Michael Hüther hieß es dazu:

„Das dicke Ende einer Rezession kommt immer am Arbeitsmarkt“ (Hüther im Managermagazin 2009-08).

Allerdings bestand auch *über die Entwicklung der Konjunktur Unsicherheit*, vor allem was die Entwicklung der Kreditvergaben betrifft. Durch die Rettungsprogramme und die Vertrauenskrise durch die Unsicherheit über toxische Papiere herrschte eine große Zurückhaltung der Kreditinstitute vor, die in Zeiten des konjunkturellen Aufschwungs, der höhere Nachfrage nach Krediten mit sich bringt, leicht zu einer Kreditklemme führen kann. Gerade größerer Unternehmen sind davon im besonderen Maß betroffen, weil sich Banken durch die Erfahrungen der Krise besonders davor scheuen würden, größere Klumpen-Risiken einzugehen. Einige ÖkonomInnen, wie etwa Michael Grote von der Frankfurt School of Finance, sprach sich daher auch wieder für die leichtere Möglichkeit von Verbriefungen aus, um den Handel mit Krediten zu forcieren (Grote in der SZ 2009-09). Volker Treier, Chef-Ökonom des deutschen Industrie- und Handelskammertages, warnet die Banken zudem davor, das „zarte Pflänzchen Konjunktur“ nicht durch übergroße Kreditzurückhaltung auszutrocknen (Treier in der SZ 2009-07). In diesem Zusammenhang wurde der Vorschlag Ulrich Blums diskutiert, wonach Banken der Zugang zu Krediten der EZB erleichtert wird, wenn sie selbst nicht zu restriktiv in der Vergabe von Darlehen handeln würden. Dies soll aber keineswegs als Zwangsmaßnahme verstanden werden, da Banken immer selbst entscheiden müssten, ob sie Kredite vergeben würden (Blum in der Zeit 2009-07). Eine Erhöhung der Kreditvergabe könnte nach Einschätzung von Peter Bofinger auch über staatliche Beteiligung an Banken (nach amerikanischen und britischen) Vorbild funktionieren, wobei hierbei eine differenzierte Prüfung der einzelnen Banken unbedingt nötig sei (Bofinger in der Zeit 2009-07).

Insgesamt zeigte sich hier, dass zwar eine Kreditklemme befürchtet und die Rolle von Kreditinstituten durchaus kritisch gesehen wurde, eine stärkere *Rolle des Staates in der Finanzbranche* aber dennoch (wieder) viel zurückhaltender beurteilt und in der Frage nach dem Funktionieren von Märkten wieder auf die „Kräfte des Marktes“ verwiesen wurde, denen man in klassisch *ordoliberaler Denklogik* nur die richtigen Rahmenbedingungen schaffen müsse. Dies zeigte sich etwa in den Äußerungen Hans-Werner Sinns, der sich in einem Interview auf den „guten“ Neoliberalismus deutscher Prägung berief und daher einen starken Ordnungsrahmen mit strengen Gesetzen für die Finanzwirtschaft forderte.

Hinzu kam in diesem Diskursverlauf die Studie „Wie (in-)kompetent sind die Aufsichtsräte deutscher Banken?“ In dieser versuchten die beiden deutschen ÖkonomInnen Harald Hau (Department of Finance, INSEAD, Fontainebleau) und Marcel Thum (TU Dresden) den Beweis zu liefern, dass es in öffentlich-rechtlichen Banken an den Aufsichtsratsmitgliedern an Finanzmarkt- und Bankenerfahrung fehle. Dazu analysierten sie die Lebensläufe von 426 Aufsichtsräten in den 29 größten deutschen Banken und kamen zu der Einsicht, dass „öffentliche Banken“¹⁷ mehr von Krisen betroffen seien, da es „...fast völlig an Finanzmarkterfahrung...“ fehle (Thum/Hau in der Presse 2009-09). Ihre Forderung war daher ein Rückzug staatlicher AkteurInnen aus dem Bankenwesen.

Auch die *Ausgestaltung neuer Regulierungsrahmen* für Banken und Kreditinstitute stand im dritten Quartal 2009 im Fokus der Debatten. Ende September 2009 fand der G20-Gipfel der Industrie- und Schwellenländer statt, der sich mit Bankenregulierungen befasste. Für viele ÖkonomInnen stellte dabei vor allem die Erhöhung der Eigenkapitalquote bei Banken eine zentrale Voraussetzung für höhere Krisenresistenz dar. Hans-Werner Sinn äußerte dazu:

„Heute haften die Banken nur mit 4% ihrer Bilanzsumme, das ist viel zu wenig“ (NZZ 2009-09).

In diesem Zusammenhang wurden auch klassische Regulierungen kritisiert, da solche Verbote jene „fatale Illusion der Sicherheit“ vorspiegeln würden, die auch zur Finanzkrise geführt habe. Ekkehard Wenger sah z. B. daher die gegenwärtige Krise als Beweis dafür, dass Regulierung nichts nütze (Zeit 2009-07).

4. Quartal 2009: Deutschland „wird ... zur Wachstumslokomotive Europas“

Realpolitische Ereignisse im Krisenverlauf

¹⁷ Wobei man die Zuordnung zu staatlichen AkteurInnen auch problematisch sehen kann – so zählte etwa die IKB Bank zu den öffentlichen Banken, weil sie einen halbstaatlichen Hauptaktionär hatte (Hau/Thum 2008, 14).

Dow Jones über 10.000 Punkte, EZB erklärt Ende der Krise, Griechenland revidiert die Höhe seiner Staatsschulden, Erste Abstufungen von Griechenland durch die Ratingagenturen, Sparpakete (Irland, Griechenland), weiter niedrige Leitzinsen, Dubai-Krise, IWF-Aufstockung, EU-Exporte steigen wieder, sinkende Reallöhne (EU), stagnierendes EU-BIP.

Deutschland als Wachstumslokomotive Europas

„... ich rechne damit, dass der Aufschwung sehr robust wird. In Deutschland wird die Wirtschaft im kommenden Jahr um zwei Prozent wachsen - und damit deutlich mehr als im Euroraum. 2011 wächst Deutschland dann um voraussichtlich 1,4 Prozent. Die Bundesrepublik wird also zur Wachstumslokomotive Europas. Und das nach einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um fünf Prozent in diesem Jahr.“ (Thomas Mayer, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, in der FAZ 2009-12)

„...harte Einschnitte...“ vorzusehen

„Auch wenn es die neue Bundesregierung nicht wahrhaben will: Ohne harte Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben oder ohne Erhöhungen von Steuern oder anderen Abgaben kann eine Konsolidierung der staatlichen Haushalte nicht gelingen.“ (Zum SVR-Jahresgutachten in der Zeit 2009-11)

Im Diskurs rund um die Frage der konjunkturellen Entwicklung Deutschlands und der EU insgesamt zeigte sich im vierten Quartal 2009, dass die *Einschätzungen der ÖkonomInnen zusehends optimistischer* wurden und dabei wurde Deutschland als Vorreiter gesehen (Mayer in der FAZ 2009-12).

Auch wenn die Verbesserung von einigen als „nur allmählich“ (z. B. Wolfgang Franz) beschrieben wurde und weil vor allem auch Analysten etwas vorsichtiger geworden sind (z. B. Commerzbank-Ökonom Simon Junker), ist die Stimmung wesentlich besser also noch in den letzten Quartalen. Besonders die Entwicklung in Deutschland wurde dabei als positiv beurteilt. So zeigte sich z. B. auch Gustav Horn überrascht,

„...dass sich die Wirtschaft in Deutschland in durchaus beachtlichem Tempo erholt...“ (Horn im Standard 2009-12).

Zugleich wies Horn aber auch darauf hin, dass die konjunkturelle Stabilisierung noch immer von den staatlichen Unterstützungsprogrammen abhängig ist – daher seien auch Pläne für ein neues Konjunkturprogramm nötig (Horn in der SZ 2009-11). Diese Forderung wurde von den meisten ÖkonomInnen kritisiert. Thomas Straubhaar z. B. forderte, dass der Staat von seinen explodierenden Schulden herunterkommen müsse (in der Presse 2009-12) und im Jahresgutachten des Sachverständigenrates heißt es, dass „harte Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben“ nötig seien

(Zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates in der Zeit 2009-11). Der Genfer Ökonom Charles Wyplosz bezeichnete die Schulden, die man seit den 1950er Jahren aufgebaut habe, gar als unverzeihlich, da man über lange Zeit (hier die Formulierung wie der ehem. Bundespräsident Köhler in seiner Berliner Rede Ende März 2009 – NZZ 2009-10) „über seine Verhältnisse gelebt“ habe (NZZ 2009-12). Trotz der grundsätzlich positiven Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung wurde darauf hingewiesen, dass sich das BIP noch weit unter dem Vorkrisenniveau befinde und es noch Jahre dauern wird, bis diese Verluste aufgeholt sind.

Problematisch gestaltete sich nach den Verlautbarungen im Diskurs zudem die *Entwicklung der Arbeitslosigkeit*, auch wenn betont wurde, dass durch die Arbeitsmarktreform Hartz IV sowie durch die Arbeitskostensenkungen aus den Einigungen der Bündnisse für Arbeit von Betriebsräten und Managern für den Standort Deutschland der Anstieg der Arbeitslosenquote noch relativ moderat sei (vgl. Institutsdirektor der BA für Arbeit Joachim Möller im Spiegel 2008-12). Dennoch wurde erwartet, dass sich Deutschland und auch die EU noch länger mit einer „quälend hohen Arbeitslosigkeit herumschlagen“ müssten, wie es der Chef-Ökonom der Commerzbank, Jörg Krämer ausdrückte (FAZ 2009-12). Henrik Enderlein (Spiegel 2009-12) wiederum sieht den Staat in einem Rennen gegen die Zeit, da die Stützung der Wirtschaft nicht mehr lange aufrecht gehalten werden könne.

Im Zusammenhang mit der hohen Arbeitslosigkeit wurde zudem die *starke Exportorientierung* von Deutschland kritisiert. Im Spiegel hieß es dazu sogar, Hans-Werner Sinn zitierend:

„Sinn spricht von einem „pathologischen Exportboom“, unter dem Deutschland besonders leide, weil die Binnenseite zu wenig zum Ausgleich vorzuweisen habe. Es räche sich, so der Volkswirt, dass das Land „mit seiner nivellierende Lohnpolitik“ den Billigkräftesektor vernichtet habe...“ (Spiegel 2009-12).

Laut z. B. Dennis Snower vom Kieler Institut für Weltwirtschaft müssten Innovationen und Gründungen erleichtert werden.

Ebenso fand im vierten Quartal wieder verstärkt ein Diskurs über die *Verantwortung für die Finanzkrise und die Frage von Moral* auf den Finanzmärkten statt. Axel Weber (SZ 2009-11) meinte, dass „eine ausreichende Risikotragfähigkeit der Finanzinstitute und die volle Funktionsfähigkeit der Märkte“ noch nicht wieder hergestellt sei. Dazu kämen große Mengen an toxischen Wertpapieren, die noch in den Bilanzen einiger Banken lägen und nur zu einem Teil schon abgeschrieben wären. Durch die Schwierigkeiten, international verbindliche Regulierungen für Finanzprodukte durchzusetzen, wäre es schon sehr bald wieder zu undurchsichtigen Spekulationsgeschäften gekommen, wie auch der deutsche Bundespräsident und frühere IWF-Chefökonom, Horst Köhler, beklagte. Die Moral-Debatte wurde über die öffentlichen Medien zusätzlich gespeist durch die Rede

von Bundespräsident Köhler auf der Festveranstaltung zum 60-jährigen Bestehen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Anfang Oktober 2009. Köhler sprach dort im „scharfen Ton“ von „Hütchenspielern im Shadow-Banking“ sowie einem „noch nicht gezähmten Monster“. Und schulenfixiert resümierte Köhler:

„Die ordnungspolitischen Vordenker unserer Sozialen Marktwirtschaft haben Recht behalten: Der Markt alleine richtet nicht alles zum Guten“ (Zeit 2009-10).

Verantwortung wurde also *erstens* bei den „Hütchenspielern“ in der Finanzindustrie und bei Bankmanagern generell verortet, wobei letztere gerade für ihre hohen Bonuszahlungen verurteilt wurden. Darüber hinaus, so z. B. Jürgen Stark, ehem. Chefökonom der EZB, fürchtete man: „Moral Hazard“,

„...Anreize also, die die Banken veranlassen, zu große Risiken einzugehen, weil sie am Ende die Rechnung nicht bezahlen müssen. Die Marktakteure hätten ihr Verhalten bisher nicht wesentlich geändert... Es sei Zeit zu handeln ... Wir werden nicht zu jenen Tagen rücksichtslosen Verhaltens und unkontrollierter Exzesse zurückkehren, an denen diese Krise ihren Anfang fand. Zu jenen Tagen, an denen viele bloß auf schnelle Beute und aufgeblähte Boni aus waren.“ (Spiegel 2009-11).

Bankmanager könnte das veranlassen, wieder große Risiken einzugehen, da sie wüssten, dass letztlich der Staat als „Aktionär der letzten Instanz“ bleibt, wie es auch Josef Ackermann ausdrückte.

Zweitens wurde die Verantwortung bei den Politikern gesehen, die nicht konsequent genug in der Krise handeln würden (siehe z. B. Köhler in der Zeit 2009-10).

Und *drittens* wurde die Verantwortung aber auch bei all jenen verortet, die über die letzten Jahre oder Jahrzehnte (so Charles Wyplosz) „über ihre Verhältnisse gelebt“ hätten. Damit waren die in die Krise geratene Staaten, aber auch die KonsumentInnen insgesamt gemeint.

Im Kontext der Verantwortungsfrage wurde so im Diskurs die Schuldfrage an der Krise allmählich weiter „entschärft“: Entweder sie wurde „ausgelagert“, da die Schuld bei anderen Staaten und deren BürgerInnen festgemacht wurde. Für diese Argumentation war z. B. die Aussage Sinns aus dem Frühjahr 2009 exemplarisch, als er ökonomisches Versagen maximal bei den amerikanischen Häuslebauern verortete und nicht bei den Investmentbankern (Spiegel 2009-05). Oder es waren alle und damit niemand, wie es ebenfalls schon im Frühjahr mit: „Wir haben alle über unsere Verhältnisse gelebt“ von Horst Köhler hieß (Die Welt 2009).

Zumindest legte solch Denken mit den Grundstein für verstärkte Forderungen nach Austeritätsprogrammen auf makroökonomischer und politischer Ebene sowie eine zunehmend

durchdringendere Argumentation im Rahmen einer Verzichtsmoral auf individueller Ebene, während man sich gleichzeitig als überlegen gegenüber den anderen Nationen sah. Erstes markantes Kennzeichen waren die diskursiven Entwicklungen im nächsten Quartal, in dem Griechenland von ÖkonomInnen „belehrt“ und gleichzeitig ein eigener Beistand versagt wurde.

1. Quartal 2010: „Griechenland muss den harten und steinigen Weg der Konsolidierung selbst gehen“

Realpolitische Ereignisse im Krisenverlauf

Arbeitslosigkeit in Euro-Zone auf Rekordhöhe, Bankenprobleme, Notfallplan für Griechenland (EU+IMF), Sparpakete in Griechenland (2% BIP), Kreditbremse in China, Wirtschaftserholung in USA, steigende Spreads für Portugal, Exporte von BRD weiter sinkend, hohes Wachstum in China.

Griechenland ohne Beistand...

„Ein Beistand für Griechenland ist in der Währungsunion nicht vorgesehen...Ich halte solche Hilfen für kontraproduktiv, Griechenland muss den harten und steinigen Weg der Konsolidierung selbst gehen.“ (Axel Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank, in FAZ 2010-02)

„Wer glaubt, dass die EU-Mitgliedsländer am Ende doch in den Geldbeutel greifen, um Griechenland zu retten, der täuscht sich.“ (Jürgen Stark, ehem. Chefvolkswirt der EZB, in der Zeit 2010-01)¹⁸

... und selbst schuld daran...

„Nicht von ungefähr hat Griechenland...den Abstand im Lebensstandard zum Durchschnitt der Länder der Währungsunion oder auch zu Deutschland über die Jahre hinweg erheblich verkürzt. Dieser Aufholprozess war aber im Wesentlichen nicht durch Produktivitätsfortschritte getragen, sondern über eine starke Ausweitung der Kredite und der Staatsausgaben erkaufte. Zu einem jahrelangen Kurs der Austerität, des Sparens und geringeren privaten wie öffentlichen Konsums gibt es daher keine Alternative.“ (Issing in der FAZ 2010-01)

Der zentrale Diskurs im ersten Quartal 2010 rankte sich um die steigende *Verschuldung einzelner EURO-Staaten* und die möglichen Konsequenzen, die sich daraus für den EURO ergeben könnten.

Daher wurden u. a. verschiedene *Varianten von Sparpaketen* auch in den deutschsprachigen Kernländern diskutiert. Die Vorschläge reichten dabei von der Kürzung einzelner Subventionen bis hin

¹⁸ Da die Hilfspakete doch verabschiedet wurden, trat Stark September 2011 zurück, nach seiner Meinung nach 1,5 Jahre zu spät, da er schon ab 2009 die Politik der EZB als falsch ansah (Kurm-Engels et al. 2012).

zu „Rosskuren“, bei der einem Rasenmäher gleich alles gekürzt würde (Boss in der FAZ 2010-01). Andere hingegen wie z. B. Gustav Horn waren gegen Sparmaßnahmen und für Steuererhöhungen:

„Es mögen sich zwar immer kleinere Sparmöglichkeiten finden. Der wesentliche Beitrag zur Konsolidierung muss aber von der Einnahmenseite kommen“ (Horn in der FAZ 2010-01).

Im Gegenzug dazu wies man wieder auf die zukünftigen Auswirkungen der Staatsverschuldung hin.

„Die gewaltigen Staatsschulden werden in den nächsten drei bis vier Jahren das Wirtschaftswachstum bremsen...“ (Zeuner in der FAZ 2010-03).

Der Bankenökonom Jörg Zeuner ging in seiner Argumentation, angelehnt an die Permanent Income Hypothesis von Milton Friedman, davon aus, dass die Individuen in Zeiten von Konjunkturprogrammen und erhöhten Staatsausgaben bereits die Steuererhöhungen der Zukunft antizipieren und daher auch mit Konsumverzicht und erhöhtem Sparen reagieren.

Der prägende Diskurs unter deutschsprachigen ÖkonomInnen war aber der über den *Umgang mit in die Not geratenen Eurostaaten*. Im Zentrum stand dabei Griechenland. Daneben ging es auch über Finanzierungsprobleme in Italien, Spanien, Portugal und Irland. Hier wurde von den ÖkonomInnen an die Eigenverantwortung der betroffenen Staaten appelliert und vor der Einmischung der EU sowie vor zu frühen und damit leichtfertigen Hilfsprogrammen. Es bestand vielmehr eher ein Konsens darüber, es müsse

„...Griechenland den harten und steinigen Weg der Konsolidierung selbst gehen...“ (so Axel Weber in der FAZ 2010-01).

Dabei wurde nun vor allem der vermeintliche Gegensatz zwischen sparsamen und gutwirtschaftenden Eurostaaten – der Fokus lag hier vor allem auf Deutschland – und „über ihren Verhältnissen lebende“ südeuropäische Staaten postuliert (Zeit 2010-01).

Ein weiterer Kritikpunkt, der auch wieder geäußert wurde, war die schon thematisierte übermäßige Exportorientierung Deutschlands, womit ebenso wieder eine *EU-Zustandsdebatte* verknüpft war. „Exportserfolge sind per se noch nichts Positives“, meinte z. B. Sinn, und sie haben es letztlich den Euro-Partnern schwer gemacht, ihre Handelsbilanz ausgeglichen zu halten. Der keynesianische Lösungsansatz, der von Bofinger in die Debatte eingebracht wurde, zielte daher auch auf eine Belebung des Binnenkonsums und eine Orientierung deutscher Unternehmen auf den Binnenmarkt ab. In dieser Denklogik wurden die Finanzierungsprobleme der südeuropäischen Euro-Staaten zumindest teilweise auch als Problem ungleicher Wirtschaftsbeziehungen betrachtet. Bofinger (in der

FAZ 2010-02) äußerte: „Eine Währungsunion ist wie eine Beziehung“, in der man aufeinander Rücksicht nehmen müsse, sonst käme es zur „Beziehungskrise“ (Spiegel 2010-02).

Verknüpft mit dieser Debatte war die um die *Zukunft des EU-Währungsraumes*. Denn während Bofinger bei seiner Argumentation der Währungsunion als Beziehung an der Idee des gemeinsamen Währungsraumes festhielt, äußerten sich andere ÖkonomInnen gegenteilig, so z. B. Starbatty. Dieser war der Meinung – beim Beziehungsvergleich bleibend – dass die Währungsunion damals „schon mit einer echten Lebenslüge“ begann, da sie aus „Ungleichen“ bestehe (Im Spiegel 2010-02). Daher wäre es besser, den gemeinsamen Währungsraum aufzugeben. Während Bofinger darin „Kleinstaaterei und Nationalismen“ sah (Spiegel 2010-02), argumentierte Starbatty zur Europäischen Währungsunion umgekehrt: Man sähe

„...angesichts ihres Scheiterns, wie Nationalismus überhaupt erst entsteht“ (Spiegel 2010-02).

Überwogen hatte im Diskurs jedoch die *Kritik an den Eurokrisenstaaten*. Griechenland wurde etwa bezichtigt, „Party gefeiert zu haben“ (Mayer in der FAZ 2010-02) und „währenddessen hätten

„...die Deutschen ihnen billig einen wundervollen Lebensstandard ermöglicht“ (Mayer in der FAZ 2010-02),

auch wenn es gleichzeitig hieß: „Keine Rede, dass wir die Griechen schädigen“ (Sinn in der FAZ 2010-02). Kritisiert wurde ebenso der zu großzügige griechische Sozialstaat. Mit Blick auf das griechische Rentensystem hieß es von z. B. Issing:

„Es kann doch nicht angehen, dass man Hilfe von außen in Anspruch nimmt, um so etwas weiterbetreiben zu können“ (SZ 2010-2).

Durch all diese „Sünden“ bestehe nun möglicherweise die Gefahr, dass auch Deutschland „langsam in die Knie“ bezwungen werde (Mayer in der Zeit 2010-02). Die Forderungen zielten daher auf harte Maßnahmen gegen die Schuldenstaaten ab. Jörg Krämer (FAZ 2010-02) warnte, dass Hilfe für Griechenland im Fall der Fälle „ein historischer Schritt weg von den Maastricht-Verträge“ sei. Joachim Starbatty sprach sich wiederholt für einen Euroaustritt der Eurokrisenstaaten aus:

„Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende“ (FAZ 2010-02).

Jan Poser (NZZ 2010-02) forderte Griechenland, Spanien und Portugal zu einer „scharfe(n) Konsolidierung ihrer Haushalte“ auf. Und das Resümee von Sinn hieß gar, jeder Versuch, Griechenland in der Eurozone zu stabilisieren, wäre ein „...Fass ohne Boden...“. Sinn sogar wörtlich:

„Das ist das Rezept für Mord und Totschlag...“ (Sinn in der SZ 2010-03).

Die EU und insbesondere Deutschland müssten daher gerade in der angespannten Situation *Härte zeigen*, um zu verhindern, dass durch ein Bail-Out durch andere Staaten „der Markt seine disziplinierende Kraft nicht mehr entfalten“ könne (Kater in der Zeit 2010-02).

Die Rolle der *Finanzmärkte* wurden nun von vielen ÖkonomInnen nun als *eine Art Kontrollinstanz für die Politik* interpretiert, wie sich in dem obigen Zitat von Kater oder auch der Aussage von Andreas Rees, Chefvolkswirt der Unicredit zeigte:

„Die Märkte fordern Europas Regierungschef regelrecht heraus“ (Zeit 2010-02).

Man dürfe daher als starke Volkswirtschaften keine Schwächen zeigen, wie auch der Chefökonom der EZB, Wolfgang Stark, betont:

„Wer glaubt, dass die EU-Mitgliedsländer am Ende doch in den Geldbeutel greifen, um Griechenland zu retten (...) der täuscht sich“. (Die Zeit 2010-01)

Auch Issing geißelte die ersten Hilfen für Griechenland als „klaren Verstoß gegen die No-Bail-Out-Klausel“ (Zeit 2010-03):

„Wenn man die Regel einmal verletzt, bricht ein Damm und es gibt kein Halten mehr“ (SZ 2010-02).

Das „...ganze Gebäude (gerät) in Schiefelage...“, so Issing (SZ 2010-02). Die Sparbemühungen der EURO-Krisenstaaten in den ersten Monaten des Jahres 2010 wurden zwar von ÖkonomInnen auch positiv beurteilt. So hieß es von Stark:

„Die Griechen machen einen großen Schritt, der deutlich über das Gefragte hinausgeht...“ (SZ 2010-03).

Aber ebenso wurde von ÖkonomInnen mehr an „scharfen Konsolidierungen“ gefordert und Austeritätsprogramme zur Überlebensfrage hochstilisiert:

„Kleine Staaten wie Irland müssen den steilen Weg des Sparens einschlagen...“ (Blankart in der FAZ 2010-03).

Nur so, so Blankart weiter, „...können sie überleben...“ (Blankart in der FAZ 2010-03).

2. Quartal 2010: „Die Märkte sind offenbar zur Entscheidung gekommen“

Realpolitische Ereignisse im Krisenverlauf

Hilfspaket für Griechenland, mit IWF (750 Mrd €), EZB kauft Staatsanleihen, Euro-Rettungsschirm EFSF (geplant 750 Mrd €), weiter steigende Zinsen für Griechenland, weltweit Dollar-Swaps der FED.

Märkte treffen Entscheidungen und sind beeindruckt... oder auch nicht

„Die Märkte sind offenbar zur Entscheidung gekommen, dass Griechenland anhand schlechter Fundamentaldaten die Schulden nicht mehr aus eigener Kraft zurückzahlen kann.“ (Ulrich Blum im Standard 2010-04)

„Die Märkte haben in beiden Ländern nicht den Eindruck, dass die Sparmaßnahmen innenpolitisch mitgetragen werden“ (Jörg Hinze in der Zeit 2010-04)

Gegen Märkte? Das „geht in die Hose“...

„Die Bundesregierung habe sich auf ein riskantes Geschäft eingelassen, vermutet der Berliner Finanzwissenschaftler Charles Blankart: Zusammen mit den anderen EU-Staaten stemmt sie sich gegen die Marktkräfte... Das geht regelmäßig in die Hose.“ (FAZ 2010-04)

Nachdem der Politik der Aufgabe des Euro-Raumes nicht gefolgt wurde, sondern im Gegenteil Hilfspakete verabschiedet wurden, entwickelte sich der Diskurs der ÖkonomInnen im zweiten Quartal 2010 deutlich zu einem des Primates der Märkte und dies mit deutlichem Hang zum Anthropomorphismus.

Dabei war der Diskurs weiterhin von der *Schuldenproblematik* von Ländern wie Griechenland, Spanien und Portugal geprägt, aber nun *gekoppelt an die Maßnahmen*. Nach den Hilfsprogrammen für Griechenland und der Diskussion um den EURO-Rettungsschirm EFSF (Sinn bezeichnete den EFSF als „ein unkalkulierbares Abenteuer und ein sicheres Wachstumshemmnis“ – SZ 2010-05) wurde die Argumentation gegen potentielle Schuldenstaaten noch einmal verschärft

Vor allem wurde nun die *moralische Dimension* verschärft strapaziert. War im ersten Quartal 2010 noch von „*sündigen Griechen*“¹⁹ und nun „*abgebrannten Italienern*“ (Zeit 2010-01) die Rede, kamen nun die „*fröhlichen Portugiesen*“ hinzu: Stefan Homburg, Direktor des Instituts für Öffentliche Finanzen der Universität Hannover, warnte vor neuen Bail-Out-Kandidaten wie den „*fröhlichen Portugiesen*“, die hohe Schulden mit geringem Wachstum vereinen (FAZ 2010-04). Die Verantwortung für die Schuldenproblematik wurde so also (wieder) den einzelnen Staaten zugerechnet und mit klischeehafter Personifizierung auf ihren „*verschwenderischen Lebensstil*“ in der Vergangenheit verwiesen. Diese Grundtendenz zeigte sich auch in der wiederholten Feststellung, diesmal von dem

¹⁹ Schon im Mai 2011 hatte Fricke (in: „Der sündige Grieche rechnet sich“) auf die Milliarden Gewinne durch Zinsen nach Gewährung der Griechenlandhilfe für deutsche Unternehmen verwiesen (Fricke 2011c).

Goldman Sachs Chefstrategen Peter Oppenheimer (NZZ 2010-06), dass „Länder wie die USA oder Südeuropa (lange) über ihre Verhältnisse gelebt haben“. Sinn forderte einen „äußerst schmerzhaften Anpassungsprozess“ mit fallenden Löhnen für Griechenland, da Griechenland „billiger“ werden müsse:

„Die Griechen haben noch gar nicht richtig gespart, sondern leben über ihre Verhältnisse.“
(Sinn in der SZ 2010-04)

Griechenland wurde somit gleichsam zum Synonym für schlechte Wirtschaftspolitik mit diesem „über-den-Verhältnissen-leben“. In der Folge warnten ÖkonomInnen in der Debatte um eine Rentenreform sogar vor einer „Griechenlandisierung der Länderhaushalte“ (hier Bernd Raffelhüschen im Spiegel 2010-05).

Diese Schuld-Argumentationen wurden gleichzeitig durch eine *Debatte um die (Finanz)-Märkte* begleitet. Statt dem Beklagen ihres „Versagens“ wie Ende 2008/Beginn 2009 wurden sie nun zu wichtigen Akteuren erklärt. Einschnitte in die Wohlfahrtsstaatssysteme der Schuldenländer seien das objektive Ergebnis der Märkte. Nicht nur eine grundsätzliche Zustimmung zum Funktionieren der Märkte war nun im Diskurs der ÖkonomInnen zu verzeichnen. Sondern der österreichische Finanzexperte Peter Brandner entgegnete sogar auf die Kritik, dass der Handel mit Staatsanleihen in den letzten Jahren viel zu stark gestiegen sei:

„Die Finanzmärkte sind das Einzige, was in den letzten Jahren einigermaßen funktioniert hat...“ (Brandner in der Presse 2010-06).

Auffällig ist in dieser Diskursphase der *Anthropomorphismus*, d. h., Entwicklungen werden in diesem Zusammenhang direkt auf „Reaktionen“, „Entscheidungen“ oder „Einschätzungen“ der Märkte zurückgeführt und diese damit gleichsam als anthropomorph (zum Akteur) erklärt. Laut Ulrich Blum sind die

„Märkte ... zur Entscheidung gekommen, dass Griechenland anhand schlechter Fundamentaldaten die Schulden nicht mehr aus eigener Kraft zurück zahlen kann.“
(Standard 2010-04)

Und nach Jörg Hinze vom HWWI haben (im Vergleich der Lage in Portugal und Griechenland)

„...Märkte ... nicht den Eindruck, dass die Sparmaßnahmen innenpolitisch mitgetragen werden“ (Hinze in der Zeit 2010-04).

In dieser Denklöge können Kursverfälle einzelner Staatspapiere oder ein Kursverfall des Euro auf den Finanzmärkten als Rückkehr „auf den fundamentalen Gleichgewichtskurs“ (vgl. Brandner in der Presse 2010-06) verstanden werden.

Auch der Kritik, dass die implizit von „Märkten“ oder im Fall von Griechenland die vom IWF geforderten Sparprogramme für einzelne Staaten zu sozialen und politischen Unruhen führen könnten, wurde in gleicher Weise begegnet. Michael Hüther äußerte dazu:

„Das ist eine wohlfeile Drohung, die die bestehenden Probleme in dem Land auch nicht löst. Die Bedingungen mögen zwar hart sein, aber sie sind konsequent und wirksam.“
(Hüther in der Zeit 2010-04)

Wie auch die schon oben zitierte Aussage von Blankart (Die Bundesregierung stemme sich „gegen die Marktkräfte...“) sind diese Aussagen sehr klare in der Hinsicht, dass es keine Alternativen zu den „Entscheidungen des Marktes“ gäbe.

Verbunden mit dieser starken Betonung der Rolle der Märkte in einer „There is no alternative“-Argumentation fand auch wieder der Diskurs um die *Rolle der Politik und des Staates* statt und folgerichtig wurde nun die Problemlösungskompetenz von staatlichen Organen und PolitikerInnen im Besonderen wieder viel stärker bezweifelt. Der Bonner Ökonom Jürgen von Hagen meinte z. B., dass PolitikerInnen immer Geld ausgeben und anwachsende Defizite daher auch keine Überraschung seien. Die Politik würde die immer neuen Ausgaben wahlweise mit wachsenden Aufgaben eines modernen Sozialstaates oder einer historisch einmaligen Situation (der Finanzkrise) begründen (von Hagen in der FAZ 2010-04) Wohlfahrtsstaatspolitik und Rettungsprogramme für Banken und Unternehmen wurden dabei (als Notwendigkeiten) gleichgesetzt. Und generell sei die Politik dabei langsam, unflexibel und entscheidungsschwach. Henrik Enderlein äußerte z. B. mit Bezug auf die staatlichen Rettungsprogramme:

„Es fehlten das Tempo und die Klarheit, um den Märkten zum richtigen Moment das richtige Signal zu schicken. Politikprozesse in unseren Demokratien sind nicht dafür geeignet, von heute auf morgen Tabus zu brechen oder sehr schnell Schocksignale nach draußen zu schicken“ (FAZ 2010-04).

Diese Positionierung erklärt auch die *breite Unterstützung von ÖkonomInnen für die Einführung der Schuldenbremse*, da diese letztlich aktives wirtschaftspolitisches Handeln des Staates erschwert. Hier wurde betont, dass sowohl auf deutscher wie auch auf europäischer Ebene Sparverpflichtungen geschaffen und strikt eingehalten werden müssen. Alfred Boss mit: „...das ist eine Konsolidierung auf die krumme Art...“ (SZ 2010-05) wie auch Oliver Holtemöller mit „...das widerspricht der Intention der Schuldenbremse...“ (SZ 2010-05) verurteilten neuerliche Konjunkturprogramme und Jürgen Stark, ehem. Chefvolkswirt der EZB, meinte in Bezug auf die Unterstützung Griechenlands:

„Damit dies aber eine absolute Ausnahme bleibt und es in Zukunft erst gar nicht mehr so weit kommt, müssen wir als eine zentrale Lehre die finanzpolitischen Spielregeln in der EU deutlich schärfen.“ (Zeit 2010-04)

Auch wenn die Unterstützung für die „Entscheidungen der Märkte“ breite Zustimmung findet, wurde die *Rolle der Rating-Agenturen*²⁰, deren grundsätzliche Aufgabe die Interpretation von Marktwerten ist, auch kritisch gesehen. Für Jochen Sanio, den Chef der BaFin etwa sind die Rating-Agenturen gar „die Hauptschuldigen an der Krise“ und er forderte, dass diese an eine „straffe Leine“ gelegt werden müssten (Sanio in der FAZ 2010-04). Auch Denis Sower vom Kieler IfW stellt fest:

„Es kann nicht sein, dass Rating-Agenturen, die die Finanzkrise zu einem großen Teil mit zu verantworten haben, weil sie wertlosen Papieren Bestnoten verliehen haben, immer noch so eine herausragende Rolle spielen“ (Sower in der FAZ 2010-05).

Die Kritik an den Rating-Agenturen und ihren Einschätzungen zu Schuldenrisiken einzelner Staaten wurde von vielen und in ihrem Denken unterschiedlich ausgerichteten ÖkonomInnen getragen: z. B. von Peter Bofinger:

„Wir sollten das Wohl Europas nicht von den Ratingagenturen abhängig machen“ (SZ 2010-04)

Von Michael Hüther hieß es:

„Die Ratingagenturen haben wieder einmal geschlafen“ (SZ 2010-04)

Und Clemens Fuest diagnostizierte:

„Wir hängen zu sehr am Tropf der Ratingagenturen“ (SZ 2010-04).

Zumindest am Rande fand im zweiten Quartal 2010 auch ein kritischer Diskurs über die Rolle der Ökonomie sowie deren Auswirkungen für die Gesellschaft statt. So wurde z. B. die *Wachstums- und Geldkritik*, die Hans Christoph Binswanger in „Geld und Magie“²¹ zusammenfasste, in der FAZ aufgegriffen. Binswanger fordert darin eine Rückorientierung der Ökonomie zum Wohle der Menschen und im Einklang mit ökologischen Fragen:

„Wir müssen wieder ‚Ökonomie‘ lernen im ursprünglichen Sinne des guten Haushaltens.“ (H. C. Binswanger in der FAZ 2010-04).

Die Möglichkeiten eines ökologischen Wachstums wird auch vom österreichischen ÖkonomInnen Stefan Schulmeister betont und gerade die Finanzkrise hätte eine Möglichkeit dazu geboten, die allerdings kaum genützt wurde (Schulmeister in der Presse 2010-04). Von Joachim Fels (in: Warnung

²⁰ Die gesteigerte Bedeutung der Rating-Agenturen zeigt sich auch in der quantitativen Auswertung des vorliegenden Textkorpus. Gewichtet nach der Größe des jeweiligen Korpus und der Gesamtzahl der Nennungen beläuft sich etwa ein Drittel (32,3%) der Nennungen von „Rating-Agenturen“ auf das zweite Quartal 2010, was einer hoch signifikanten Überrepräsentation entspricht.

²¹ Binswanger (2009); ebenso von ihm: „Die Wachstumsspirale“ (Binswanger 2006).

vor einer „Vertrauenskrise des Papiergeldes“ – Zeit 2010-06) wird ein kritische Debatte über die Rolle des Papiergeldes oder des Geldes überhaupt geführt.

3. Quartal 2010: „Sommermärchen“ und „Partylaune“

Realpolitische Ereignisse im Krisenverlauf

Weitere Abstufung von Irland, Dodd-Frank-Act²², Probleme in Irland, Basel III²³ tritt in Kraft, Beginn Quantitative Easing 2 (USA)²⁴, Irland: höchstes Budgetdefizit in der EU, Sparpaket; Abstufung von Spanien.

Deutsches Sommermärchen

„Die ÖkonomInnen der Banken fanden für den Zuwachs der Wirtschaftsleistung zunächst nur positive Worte. „Da fällt mir nur noch ein Begriff ein: Sommermärchen. Das ist eine phänomenale Zahl, und auf dieser Basis werden wir wohl auch unsere Prognosen für das Gesamtjahr anheben“, sagte der Chefvolkswirt der Commerzbank, Jörg Krämer... Schon vor wenigen Wochen hatte ifo-Chef Hans-Werner Sinn von „Partylaune“ gesprochen.“ (SZ 2010-08)

„Kein anderes großes Industrieland“, so hieß es in der FAZ am 21.08.2010, „... ist in diesem Frühjahr so kräftig gewachsen wie Deutschland, dessen exportorientierte Wirtschaft vom rasanten Aufschwung in Asien gezogen wird. Für das Gesamtjahr sind 3 Prozent fast schon sicher. Damit rechnet nun auch die Bundesbank.“ (FAZ 2010-08).

Der Diskurs im dritten Quartal 2010 war daher von einer Euphorie zu den *guten Konjunktur- und Arbeitslosigkeitsdaten* in Deutschland geprägt. Hans-Werner Sinn sprach von „Partylaune“, Jörg Krämer von einem „Sommermärchen“ und von „phänomenalen (Konjunktur-)Zahlen“ (beide in: SZ 2010-08), während andere verhaltener reagierten:

„Die Bäume wachsen nach der Finanzkrise nicht in den Himmel.“ (Franz in der FAZ 2010-08)

²² Finanzmarktstabilisierungsgesetz von 2007, benannt nach dem Vorsitzenden des Ausschusses für Banken, Wohnungs- und Städtebau Chris Dodd und dem Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzdienstleistungen Barney Frank.

²³ Reformpaket des Basler Ausschusses der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich.

²⁴ Maßnahmen der monetären Lockerung (Geldpolitik der Fed).

Ursache für die Euphorie war, dass sich die deutsche Wirtschaft entgegen bzw. deutlich über dem europäischen und internationalen Trend sehr positiv entwickelte, wobei hier vor allem die Entwicklung der deutschen Exporte positive Auswirkungen auf die Gesamtkonjunktur hatte.

Von keynesianisch orientierten ÖkonomInnen wurde kritisiert, dass trotz boomendem Export die Binnennachfrage flau geblieben war. Gustav Horn vom IMK bezeichnet die positive Entwicklung daher auch als „gespaltene Konjunktur“, denn er beklagte, dass „für die privaten Haushalte praktisch gar nichts abgefallen“ sei (FAZ 2010-08). Horn forderte daher, wie auch Peter Bofinger, dass die Lohnmoderation der letzten Jahre beendet werden müsse, da die „zu mageren Tarifabschlüsse“ der Grund für die flaue Binnenwirtschaft seien.

In diesem Punkt widersprach ihnen die breite Mehrheit der im Diskurs vertretenen ÖkonomInnen. Arbeitgeber-Präsident Dieter Hundt sprach von „einer Diskussion über Lohnerhöhungen zur Unzeit“ und Wolfgang Franz argumentierte, dass die guten Auftragslagen der exportierenden Unternehmen schließlich auch auf die ArbeitnehmerInnen zurückfallen würden, wobei er hier die Schaffung oder Sicherung von Arbeitsplätzen im Fokus hatte (in der FAZ 2010-08).

Kai Carstensen vom ifo München mahnte vor allem in Hinblick auf die wirtschaftspolitische Agenda der Bundesrepublik, dass die guten Daten für eine Konsolidierung der Staatsfinanzen verwendet werden sollten:

„Wir müssen aber die Staatsfinanzen auf eine solidere Basis stellen, denn solide sind sie im Moment nicht“ (SZ 2010-08).

Ebenso müsse die Sparpolitik unbedingt weitergeführt werden.

Allgemein zeigte sich, dass die „überraschend“ gute Wirtschaftslage Deutschlands im zweiten Quartal 2010 von der breiten Mehrheit der ÖkonomInnen zwar wohlwollend aufgenommen wurde und dies auch mit „nationalem“ Anstrich: Auf die „verlorene Dekade zu Beginn des Jahrhunderts“ würde nun „ein deutsches Jahrzehnt“ folgen, so Ulrich Kater, Chefvolkswirt der Deka Bank (SZ 2010-08). Gleichzeitig wurde aber auch davor gewarnt, dass die Krise nicht vorbei sei und überall Gefahren für die Wirtschaft lauern würden. Mit einem Verweis auf eine Umfrage unter deutschen FinanzexpertInnen hieß es von Wolfgang Franz:

„...die lassen sich von der Euphorie aus einigen Branchen nicht anstecken“ (FAZ 2010-08).

Ebenso argumentierte er, dass sich die Lage schon sehr bald verschlechtern könne und daher keinesfalls der Weg der Konsolidierung verlassen werden dürfe. Ähnlich äußerte sich auch Joachim Scheide vom IfW Kiel:

„Wenn aber die Sorgen um die Staatsschulden im Euro-Raum zurückkehren, könnte das der Konjunktur einen Schlag versetzen“ (FAZ 2010-08).

Die Argumentationslogik basiert dabei, wie auch schon in den Diskursen über die Ursachen der Finanzkrise, darauf, dass negative „Schocks“ oder „Schläge“ für die (deutsche) Wirtschaft von außen kämen.

In der Debatte um die *Rolle von Staat und Politik* wurde hingegen der Ton schärfer:

„Die Spekulanten sind der Sündenbock der Politik, die von ihrem eigenen Versagen ablenken will“ (Schäfer in der FAZ 2010-07).

So hieß es z. B. von Wolf Schäfer und er interpretierte die jüngsten Krisen vor allem in Griechenland als Staatversagen, als eine Mischung aus aufgeblähtem Staatsapparat, verfehlter Sozialpolitik, Korruption und Betrug.

Peter Bofinger sah dies umgekehrt: es hatten erst die „...öffentlichen Haushalte mit ihren Konjunkturprogrammen den Laden in Schwung gehalten...“ und damit habe gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten der Staat die Wirtschaft gerettet (Spiegel 2010-07).

Die *Kritik an Banken* blieb trotz harscher Kritik an der Politik ebenfalls. Hier waren sich (wieder) viele ÖkonomInnen einig, dass Banken zukünftig mit mehr Eigenkapital ausgestattet sein müssten. Im Zuge der Veröffentlichung der Ergebnisse des so genannten Stresstestes für Banken bezweifelte Sinn die dort verkündeten Positivnachrichten, denn:

„Die Banken sind zum großen Teil unterkapitalisiert ... Es sei abenteuerlich, mit wie wenig Geld die Banken ihre Geschäfte machen“ (Spiegel 2010-07).

Daher wurde auch das Inkrafttreten des Basel III-Abkommens begrüßt.

Neben der Kritik an Banken und deren Rolle beim Aufblasen von großen Finanzblasen wurde am Rande auch wieder die Rolle der ÖkonomInnen thematisiert. Auf einer fundamentaleren Ebene wurde der *Mainstream in der Ökonomie* kritisiert, z. B. von Ulrich Witt die Gleichgewichtsfixierung neoklassischer Ökonomie („Gleichgewichte sind idealisierte Grenzfälle“- Zeit 2010-08) und in diesem Zusammenhang evolutorische Ansätze bekräftigt, die die Wirtschaft als dynamisches und sich ständig veränderndes System betrachten.

Gleichzeitig würde es durch die einseitige Ausrichtung des ökonomischen Mainstreams alternativen Ansätzen erschwert, Anerkennung zu finden. So heißt es von Marco Lehmann-Waffenschmidt:

„Karriere macht man immer noch mit den neoklassischen Modellen und Theorien.“ (Zeit 2010-08).²⁵

Ebenso wurde mit einer *grundlegenden ökonomiekritischen Perspektive* (wieder) die Kritik zum Wachstumsdogma moderner kapitalistischer Wirtschaftssysteme in den Diskurs eingebracht. Hans Christoph Binswanger verwies auf den Wachstumszwang und Wachstumsdrang, der vom Geldsystem und damit verbunden dem Bankwesen ausgeht und mahnt als zentrale Herausforderung für die Zukunft an:

„...die sich kumulierende ökonomische und ökologische Verschuldung rechtzeitig zu bremsen“ (Zeit 2010-09).

Alternative Konzepte zu einer wachstumsorientierten Wirtschaft wurden mit dem Vorschlag eines „Neuen Wohlfahrtsindex“ des ÖkonomInnen Hans Diefenbacher präsentiert (Zeit 2010-09). In diesem Zusammenhang wurde die Debatte geführt, inwieweit sich Ressourceneinsatz vom ökonomischen Wachstum entkoppeln lässt. Niko Paech (Zeit 2010-08) wies darauf hin, dass in der Realität im Wettlauf zwischen Wachstum und Effizienz immer dem Wachstum der Vorrang gegeben wird. Diese wachstumskritischen Positionen waren aber im öffentlichen Diskurs der ÖkonomInnen nach wie vor eine Minderheitenposition. Für die Mehrheit der ÖkonomInnen hingegen war die Ausrichtung wieder in Ordnung. Gleich vor einem Jahr in Zeiten von Unsicherheit das prognostizieren noch „...Kaffeersatzleserei...“ (Zimmermann im Spiegel 2009-2), wären nun wieder Prognosen möglich, da die „...meistbenutzten Indikatoren für die deutsche Konjunktur eine gemeinsame Sprache sprechen: Die Wirtschaft stabilisiert sich“ (so Bart van Ark, Chefprognostiker bei der New Yorker Wirtschaftsforschungsgesellschaft Conference Board in der Zeit 2010-07). Zimmermann selbst – mit dem DIW nach seinem Ausstieg 2009 wieder im Prognose-Geschäft – sah für die deutsche Wirtschaft im laufenden Jahr 1,9 Prozent Wachstum voraus (Zeit 2010-07).

4. Quartal 2010: „Es droht die Zerstörung des Euro... Europa brennt.“

Realpolitische Ereignisse im Krisenverlauf

Rettungsschirm ESM in der Diskussion (am 02.02.2012 unterzeichnet, geplante 700 Mrd €), Irland-Hilfspaket (85 Mrd €), Diskussion um Eurobonds, weitere Verstaatlichung von Banken in Irland.

²⁵ Von Michael Burda, derzeit Vorsitzender des Vereins für Sozialpolitik, hieß es sogar 2012 in der Zeit vom 14.02.2012 (in der Diskursauswertung hier, die Mitte 2011 endet, nicht mehr enthalten): „Jeder Wissenschaftler unterliegt der Versuchung, einfach mit dem großen Strom zu schwimmen, weil dort die Erfolgs- und Veröffentlichungschancen am größten sind ...Das ist die Macht der Mehrheit ... Einerseits kann man seine Gegenstimme erheben – andererseits will man seine Jobs behalten. Wir werden ja auch nachgefragt.“ (Fischermann 2012).

Europa brennt...

„Es droht die Zerstörung des Euro“, warnt auch Henrik Enderlein, Professor an der Hertie School of Governance. „Europa brennt.“ Wenn sich die Politik nicht bald etwas einfallen lasse, könnte ein Land nach dem anderen fallen. Dann könnte die Euro-Zone auseinanderbrechen - mit unkalkulierbaren wirtschaftlichen und politischen Folgen.“

„Die Krise wird sich durch die gesamte Euro-Peripherie fressen und dann auch das Zentrum erreichen.“ (Fels im Spiegel 2010-12)

Die Angst vor der Angst

„Der Finanzwissenschaftler Clemens Fuest, der in Oxford lehrt, glaubt zwar, dass Spanien eigentlich keine Hilfe benötigt. Doch er sagt auch „Das größte Problem ist die Angst vor der Angst“ Es ist wie bei einem Sturm auf die Banken: Es geht nicht darum, ob man selbst glaubt, dass Spanien solvent ist. Es geht darum, was man glaubt, was die anderen glauben. „Wenn ein Investor denkt, alle anderen werden nervös, dann ist es für ihn vernünftig, sein Geld abzuziehen – auch wenn er selbst Spanien für solide hält.“ (FAZ 2010-11)

Nach der Euphorie über die guten Konjunkturdaten im zweiten und teilweise auch dritten Quartal 2010 in Deutschland schlug der Diskurs der ÖkonomInnen im vierten Quartal 2010 wieder um, da das nächste Rettungspaket, nun für Irland, nötig war. „Ein Land auf Drogen“ hieß es zu Irland und „Zeitbombe“ zu Italien (Spiegel 2010-12).

Die Debatten dazu fanden auf mehreren Ebenen statt.

Durch die wichtige *Rolle, die Deutschland* für die ökonomische Entwicklung der Eurozone gerade durch seine Haftungsübernahmen im EFSF und den in Planung stehendem Stabilitätsmechanismus ESM *spielt*, wurde von einigen ÖkonomInnen Deutschland als „Role-Model“ für ökonomische Stabilität betrachtet und die Forderung aufgestellt, andere Länder müssten sich an Deutschland orientieren, vor allem auch mit dem Hintergrund, dass sich die Angst verstärkte, dass die Hilfsmaßnahmen letztlich auch die Stabilität Deutschlands gefährden könnten (vgl. Carstensen in der FAZ 2010-12). In diesem Zusammenhang wurde wieder von Hans-Werner Sinn die Niedrigsteuerepolitik Irlands kritisiert:

„Hätten die unser Steuersystem, dann würden sie im Geld schwimmen“ (Sinn im Spiegel 2010-11)

Diese würde eine Marktverzerrung zu Ungunsten Deutschlands darstellen und außerdem offenbare sie Sparpotenziale.²⁶

Auch fand ein Diskurs über die *Funktionsweise und die Zielsetzungen der Eurozone* und damit verbunden auch über die Sinnhaftigkeit von Rettungsprogrammen für einzelne Staaten oder ökonomische AkteurInnen statt. Dabei ging es auch um eine engere Verzahnung der politischen Entscheidungsprozesse in der EU:

„Die Investoren zwingen uns nachzuholen, was bei Einführung des Euro politisch nicht durchsetzbar war...“ (Treier im Spiegel 2010-12).

Volker Treier, Chefvolkswirt beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag, plädierte daher für „...eine stärkere wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung in der Euro-Zone“ (Spiegel 2010-12). Eine Finanztransaktionssteuer wurde dabei abgelehnt:

„Entwickelte Länder in der Welt machen so etwas nicht.“ (Norbert Walter, frühere Chefvolkswirt der Deutschen Bank, im Standard 2010-10).

Zur Funktionsweise der Eurozone wurde zudem ebenso wie schon Anfang 2010 auf die Sanktionen und die „Entscheidungen der Märkte“ rekurriert und damit die Funktion von Wirtschaftspolitik auf die marktgerechte Reaktion auf Entwicklungen an den Börsen reduziert und ebenso wurde wieder über die Wirkung der Konjunkturpakete diskutiert. Während hier Stefan Homburg davon ausging, dass die Programme „gar nicht oder immer zu spät“ wirken und Volker Wieland meinte, dass sie „insgesamt mehr gekostet als gebracht haben“ (Zeit 2010-12), gab es jedoch auch viele ÖkonomInnen, die betonten, dass die deutsche Wirtschaft durch die Konjunkturprogramme „in Schwung gehalten“ wurden, wie es schon Bofinger ausgedrückt hatte (siehe oben).

Ein weiterer zentraler Diskursstrang im vierten Quartal 2010 war der zur Frage der *Rettungs- und Hilfsmaßnahmen* für verschuldete Eurostaaten. In der Mehrzahl der Statements von ÖkonomInnen zu den Euro-Rettungspaketen und Rettungsschirmen war die Angst vor Ansteckungen der gesamten Eurozone durch einzelne Schuldenstaaten spürbar (z. B. Joachim Fels:

„Die Krise wird sich durch die gesamte Euro-Peripherie fressen und dann auch das Zentrum erreichen“ – Spiegel 2010-12).

Zentrale Forderung an die Politik war daher, „die Märkte zu beruhigen“, ansonsten

„...droht die Zerstörung des Euro ... Europa brennt.“ (Enderlein im Spiegel 2010-12).

²⁶ Die Aussage von Sinn ist vor allem in Anbetracht seiner Unterstützung des Hamburger Appells 2005, der dezidiert Irland als Vorbild nannte, aufschlussreich, da sie gut zeigt, wie sich Meinungen je nach Situation ändern können.

Dabei wurde vor allem argumentiert, dass die Politik wieder das „Vertrauen der Märkte“ und der AnlegerInnen gewinnen müsse, schließlich wäre das größte Problem „die Angst vor der Angst“, wie es Clemens Fuest (FAZ 2010-11) ausdrückte. Daniel Gros wies ebenfalls darauf hin, dass ein Absturz eines Landes (in diesem Fall Spaniens) sehr schnell gehen könne:

„Das ist, als ob einer im Saal Feuer ruft – dann will jeder zuerst an der Tür sein.“ (FAZ 2010-11).

Neben dem Bild von „Märkten“ als zu schützende Entitäten wurden diese von der Mehrzahl der ÖkonomInnen im Diskurs auch wieder als die maßgeblichen Bewertungsinstanzen für gute Wirtschaftspolitik erachtet bzw. als eigenständige AkteurInnen interpretiert. Norbert Walter (Standard 2010-10) meinte etwa, die Märkte würden die zu langen Übergangsfristen für die Erhöhung der Eigenkapitalquoten im Zuge von Basel III „...nicht akzeptieren...“. Michael Heise, Chefvolkswirt der Allianz, warnte davor, die Märkte „...zu reizen...“:

„Es (eine Aufstockung des Euro-Rettungsschirms, Anm.) wäre nur ein Anreiz für die Märkte, zu testen, ob die Politik diesen Hilfsrahmen voll einsetzt.“ (Heise im Standard 2010-11),

Michael Burda (Zeit 2010-11) riet davon ab, konkrete Zahlen für einen Rettungsschirm zu nennen, denn „...der Markt testet jede Obergrenze...“ und nur durch eine unbegrenzte Schuldengarantie „...kommt Ruhe in die Märkte...“. Und Weber meinte:

„750 Milliarden müssten meines Erachtens reichen, um den Markt zu überzeugen, dass eine Attacke auf den Euro nicht erfolversprechend ist...“ (Weber in der FAZ 2010-11)

Dabei ist es klar erkennbar, dass die Argumentationen wieder mit Verweis auf potentielle Reaktionen „der Märkte“ geführt wurden, während politische Entscheidungsmöglichkeiten als einengend, behindernd, störend usw.

Neben dem unmittelbaren Euro-Rettungsdiskurs gab es zudem auch wieder die Debatte *über den Euro an sich*. Dabei standen schon die Konzeption und der Prozess der Einführung des Euro unter massiver Kritik. So meint Max Otte (SZ 2010-11) „...der Euro ist Unsinn...“ und es wurde auch auf die Prophezeiung von Horst Siebert schon vor der Euro-Gründung hingewiesen, dass es zu eine Crash kommen würde, wenn „...die Währungsunion nicht nördlich der Alpen halt macht...“ (Spiegel 2010-12). Der Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB wurde von NationalbankökonomInnen wie Weber oder Schlesinger als fataler Fehler bezeichnet. Schlesinger sprach gar davon, dass die EZB „...mit ihrer Entscheidung den Rubikon überschritten...“ habe (Spiegel 2010-12).

Mit Bezug auf die *hohen Staatsschulden* wurde die Verantwortung der Politik und staatlicher Institutionen diskutiert und hier von einem positiven Blick auf Deutschland ausgehend. Denn vor dem Hintergrund noch immer relativ guter Konjunkturdaten Deutschlands wurden nun Begründungen für diese *Sonderrolle Deutschlands* gesucht. Dabei wurde u. a. diskutiert, inwieweit das Modell Deutschland auf andere Staaten in der Eurozone übergelegt werden könnte. Wie auch schon in Kommentaren von ÖkonomInnen an anderer Stelle gezeigt, wurden für die gute konjunkturelle Lage Deutschlands einerseits die Reformen am Arbeitsmarkt rund um die Hartz IV-Gesetze und andererseits auch ausgabenseitige Konsolidierungen der letzten Regierungen angeführt.

Da man sich mit diesem Kurs gestärkt sah, wurden im Zuge der Debatte um „sichere“ Länder sogar *noch mehr Einschnitte* auf Arbeitnehmerseite gefordert. Relativ einhellig wurde die Meinung vertreten, dass ein Sozialstaat in Zukunft nur mehr unter bestimmten Bedingungen leistbar sein wird. Bernd Raffelhüschen äußerte dazu:

„Nur wenn Deutschland wächst, können künftig Einschnitte ins Sozialsystem sowie höhere Steuern und Beiträge vermieden werden.“ (Raffelhüschen in der FAZ 2010-10)

Michael Grömling (FAZ 2010-10) vom IW Köln forderte vor allem produktive Arbeit bei hohen Erwerbsquoten. Dieses Argument implizierte auch die Forderung von Axel Börsch-Suppan (FAZ 2010-11): In Zeiten von steigender Lebenserwartung steige auch die „aktive Zeit“ der Menschen und somit sei eine Rentenalterhöhung unbedingt nötig, um sich einen Sozialstaat leisten zu können. Norbert Walter (Standard 2010-10) rief sogar zu „Tabubrüchen“ auf und meinte, der wichtigste Beitrag für die ökonomische Stärkung Europas sei „fünf oder zehn Jahre länger arbeiten“.

1. Quartal 2011: „Banken finanziell und die Staaten fiskalisch an die Kette“ legen

Realpolitische Ereignisse im Krisenverlauf

Estland im Euro-Raum, Erste Anleihe vom EFSF, Verschärfung des Stabilitätspakets, Wahlen in Irland. EU-Gipfel mit Verabschiedung von Rettungsschirm, verschärften Stabilitätspakt und „Euro-Pakt-Plus“ (Verpflichtung zu Strukturreformen).

Banken und Staaten an die Kette legen...

„Die Währungsunion wird nur aus der Krise kommen, „wenn es gelingt, die Banken finanziell und die Staaten fiskalisch an die Kette zu legen.“ (Norbert Berthold in der FAZ 2011-03)

„Wir melden auf allen Ebenen gegen zu lasche Regeln Opposition an“, sagt Jürgen Stark, der Chefvolkswirt der EZB.“ (Weber im Spiegel 2011-03)

Selbstreflexion der Ökonomie

„Die neuen Ökonomen interessiert Wirtschaftspolitik nicht mehr (...) Die forschten nur noch an Makrofragen. Eine ganze Denkweise, die politische Ökonomie, ist verschwunden! Und wenn dann plötzlich so viele Diskrepanzen auftauchen, zwischen der Wahrnehmung der Leute und den offiziellen Erklärungen, und wenn Eliten und Professoren sie alleine lassen, dann fangen die Leute an, die Dinge fundamental infrage zu stellen. Und anderswo nach Erklärungen zu suchen.“ (Otte in der Zeit 2011-02)

Im ersten Quartal 2011 wurde *im Zuge der Eurorettungsdebatten* und -Maßnahmen in erster Linie weiter über verschuldete Staaten und das Vorgehen in Europa diskutiert. Kernaufmachung war und blieb weiterhin die duale Unterscheidung in „...vernünftig wirtschaftende Euro-Länder...“ und Schuldenländer, hier im Kontext der Diskussion um die Möglichkeit von Sekundärmarktkäufen (Weber im Spiegel 2011-03). Schuldenländern wurde damit Unterstützung zugesichert:

„Insofern wäre es möglich, dass die Staatengemeinschaft Griechenland teilweise entschuldet – etwa indem es das Land unterstützt, seine Anleihen zurückzukaufen“ (Krämer im Spiegel 2011-01).

Gleichzeitig wurden für die Zukunft strengere Regeln für die Fiskalpolitik (die ersten Vorläufer zur Debatte um einen neuen Fiskalpakt) sowie die Einrichtung von „unabhängigen Schuldenkommissionen“ gefordert. Auf politischer Ebene bedeuten solche Schuldenkommissionen die Delegation von nationaler Oberhoheit über Wirtschaftspolitik an „unabhängige“ bzw. von der Europäischen Kommission abhängige Institutionen. ÖkonomInnen forderten in diesem Zuge von der deutschen Regierung und der Europäischen Union „Härte“ gegenüber Staaten wie Griechenland oder Portugal, um einen tatsächlichen Wandel zu strikten Sparmaßnahmen dieser Länder herbeizuführen. Auch war nach wie vor der Vorwurf der Unfähigkeit an die Politik zu erkennen. So hieß es von Jörg Krämer, Chefvolkswirt der Commerzbank:

„Die Politiker sagen jedes Mal, wenn wir das Land retten, beruhigt sich die Staatsschuldenkrise ...Und jedes Mal kam dann das nächste Land an die Reihe.“ (Krämer in der FAZ 2011-03).

Und ebenso blieb die Auffassung vom *Markt als Akteur*. So hieß es z. B. zur Höhe des Kreditbedarfes für Spanien: „Der Markt ... geht von 50 Milliarden Euro an aufwärts aus“, sagt Thomas Mayer, der Chefvolkswirt der Deutschen Bank“ (FAZ 2011-03).

Als Folge der Rettungsmaßnahmen der Vergangenheit mit einer relativ expansiven Fiskalpolitik der Notenbanken wurde gerade im deutschsprachigen Diskurs zunehmend vor einer drohenden Inflationsgefahr gewarnt. Thomas Mayer, Chefökonom der Deutschen Bank äußerte dazu:

„Ein Anstieg der Inflationsrate in den nächsten zwei bis drei Jahren bis auf vier Prozent ist durchaus möglich.“ (Mayer in der SZ 2011-01).

Auch Thomas Straubhaar vom HWWI wies darauf hin, dass hohe Inflation zu „einer Art Krisenventil“ zum Ausgleich von ökonomisch schwachen und starken Staaten innerhalb der EU werden könnte, da dies

„...unter allen schlechten Optionen polit-ökonomisch die einfachste, aber ökonomisch nicht minder teure Alternative zu einer formalen Transferunion“ wäre (Straubhaar im Spiegel 2011-03).

In einem zweiten Diskursstrang im ersten Quartal 2011 wurde wieder die Frage des *Einflusses der ÖkonomInnen auf die Wirtschaftspolitik* und die Rolle einzelner ÖkonomInnen bzw. spezifischer Denkrichtungen innerhalb der Ökonomie thematisiert. Ein Anlass war hier die Nachbesetzung des Postens des deutschen Bundesbankpräsidenten nach dem angekündigten Rückzug von Axel Weber. Dessen Nachfolger Jens Weidmann hatte Axel Weber als Zweitbetreuer in seiner Promotion und diese beiden bilden gemeinsam mit Jörg Asmussen, dem Finanzstaatssekretär von Merkel, im Kern das „Bonn-Berlin-Netzwerk“²⁷ und waren zudem auch alle in dem Gremium, das über die Rettung einzelner Banken und Unternehmen entschied (SoFFin).

Ein weiterer Anlass war eine Debatte in der American Economic Association und später auch im deutschsprachigen Diskurs über einen Ethikkodex für deutsche ÖkonomInnen. Angestoßen wurde diese Debatte durch die so genannte Epstein-Studie, in der die Verbindungen von zwei einflussreichen ÖkonomInnen-Zirkeln, die Vorschläge zur Reform der Finanzmarktregulierung erarbeitet hatten, untersucht wurde. Von diesen hatten rund 70 % Prozent der ÖkonomInnen massive Eigeninteressen, denn sie saßen in Verwaltungsräten von Finanzfirmen, waren als Consultants tätig oder hatten selbst Unternehmen.²⁸ Der Ethikkodex sollte sie verpflichten, ihre Nebentätigkeiten offenzulegen. Lars-Hendrik Röller, Vorsitzender des Vfs, äußerte sich dazu positiv:

„Ich finde es grundsätzlich gut, wenn man sich auf Spielregeln verständigt“ (Zeit 2011-03).

Zu Hans-Werner Sinn hieß es:

²⁷ Siehe die Netzwerkanalysen (weiter unten).

²⁸ In: Epstein/ Carrick-Hagenbarth (2010).

„Sinn lehnte es ab, sich zu seinen Nebentätigkeiten und dem Ethikkodex zu äußern“ (Zeit 2011-03).

In die Debatte um die Verantwortung der ÖkonomInnen für und in der Krise wurden auch fundamentale Positionen eingebracht. So meinte der neue Chef des DIW, Gert Wagner, in einem Interview mit der Zeit (2011-02):

„Die Ökonomen haben an den Menschen vorbeigedacht ... Sie macht die Menschen auf jeden Fall nicht glücklicher. So viel können wir heute sagen. Als Bürger – nicht als Wissenschaftler und schon gar nicht als Vorstandsvorsitzender des DIW – ziehe ich daraus die Schlussfolgerung, dass wir in Deutschland weniger Ungleichheit anstreben sollten“ (Wagner in der Zeit 2011-02).

Diese blieben letztlich aber (wieder) in der Minderheit.

2. Quartal 2011: „Das Aus für den Euro“?

Realpolitische Ereignisse im Krisenverlauf

EU verlangt Sparkurs von Griechenland, Hilfspaket für Portugal (85 Mrd €, EU+IWF), Neues Hilfspaket für Griechenland angedacht, Sparkurs in Griechenland führt zu Unruhen, Demonstrationen und Straßenschlachten, Ende von Quantitative Easing 2 in den USA, weitere Abstufung von Irland.

Kein Aus für den Euro?

„Laut Bank-Austria-Ökonom Bruckbauer wäre ein Bankrott Griechenlands "Lehman zum Quadrat" ...Würde es den Euro "zerreißen", würde Österreich gleich und dauerhaft 5 Prozent seines Bruttoinlandsprodukte (BIP) verlieren, rechnete Bruckbauer aus. Ganz Europa sei jetzt davon abhängig, was Griechenland mache.“ (Standard 2011-05)

Aber um welchen Preis?

„Griechenland hat sich im Tausch gegen Geld wie im Mittelalter in Leibeigenschaft der EU begeben „, sagt Ökonom Vaubel. Man kann es auch härter sagen: Jenes Land, in dem die Demokratie erfunden wurde, hat sich den Verzicht auf Demokratie von vermeintlichen Rettern abkaufen lassen, die sich wie Insolvenzverwalter aufführen.“ (FAZ 2011-06).

Der öffentliche Diskurs von ÖkonomInnen im zweiten Quartal 2011 war *weitgehend dominiert von der Euro-Rettung* sowie den damit verbundenen Fragen der Rolle der EZB in der Krise und der Macht von Rating-Agenturen. Der Chefvolkswirt der Commerzbank Jörg Krämer etwa wehrte sich zwar gegen eine Verurteilung der Ratingagenturen mit dem Vergleich:

„Es hilft nichts, sich über das Thermometer aufzuregen, wenn man das Fieber nicht mag“
(Krämer in der SN 2011-04)

Aber mit wenigen Ausnahmen war unter den deutschsprachigen ÖkonomInnen eine negative Auffassung gegenüber Rating-Agenturen vertreten. Thomas Straubhaar (NZZ 2011-06) forderte gar eine „brutale Entmachtung“ der Ratingagenturen und auch Allianz-Chefvolkswirt Michael Heise (SN 2011-04) kritisierte, dass die Herabstufungen immer zu spät kommen würden.

Ebenso wurde aber auch erstmals *über mögliche Austrittsszenarien* einzelner Euro-Staaten aus dem Euro diskutiert und vor allem für Griechenland wird diese Option nun von einigen führenden ÖkonomInnen, wie Hans-Werner Sinn, befürwortet:

„Ein Austritt aus dem Euro wäre das kleinere Übel“ (Sinn in der Zeit 2011-06).

Sinn dazu in seiner Begründung: „Brutalo-Sparen“ sei

„...schlimmer als die Brüningische Politik in Deutschland Anfang der dreißiger Jahre. „In diesem Fall gingen die Banken pleite, weil die Firmen der Realwirtschaft pleite gingen und ihre Bankkredite nicht zurückzahlen könnten“...“ (Sinn im Spiegel 2011-05).

Andere ÖkonomInnen vertraten hingegen die Ansicht, dass eine totale Pleite Griechenlands unanschätzbare Folgen für den Euro und die Eurostaaten insgesamt haben könne. Stefan Brückbauer, Chefökonom der Bank Austria, warnte hier:

„Das kann Lehman zum Quadrat werden“ (Standard 2011-05).

Auch der Druck zur *Konsolidierung der Staatsfinanzen* wurde intensiviert und der Ton gegenüber Schulden-Staaten noch rauer. Wolfgang Stark z. B. äußerte dazu ziemlich deutlich:

„Die Annahme, es gebe für Griechenland eine einfache Lösung, die weniger schmerzhaft ist, halten wir bei der EZB für eine Illusion“ (Stark im Standard 2011-06)

In der Welt formulierte er noch deutlicher:

„Griechenland hat über Jahrzehnte eine falsche Wirtschaftspolitik betrieben und zuletzt über seine Verhältnisse gelebt. Eine Kehrtwende ist unausweichlich und schmerzhaft.“
(Dams/Greive 2011)

Ein paar Tage vor dieser Aussage hatten in Griechenland die ersten Straßenkämpfe begonnen.

Jörg Krämer meinte:

„Griechenland hat nur ein Drittel der notwendigen Konsolidierung geschafft“ (Krämer in der FAZ 2011-05).

Und weiter hieß es, es

„...müsse daher, auch wenn dies politisch schwer machbar sei, das Defizit noch einmal doppelt so stark reduzieren...“ (Krämer in der FAZ 2011-05).

Ein Diskursschwerpunkt war auch wieder die Frage der *Verantwortung für die Krise* und eine wieder die übliche von der Selbstschuld der Griechen. Daniel Gros, der Direktor des Forschungsinstituts Ceps in Brüssel meinte z. B. in der FAZ (2011-05), dass sowohl Portugal als auch Griechenland aufgrund ihres Mangels an wettbewerbsfähiger Industrie und Wachstumsraten von „einem mickrigen Prozent“ jahrelang „über ihre Verhältnisse“ gelebt hätten. Das Versäumnis Deutschlands und der EU sei es allerdings gewesen, zu wenig hart gegenüber Schulden-Ländern agiert und deren Eurobeitritt nicht verhindert zu haben.

Auf einer anderen Kritiklinie wurde diese Ebene verlassen und die Finanzpolitik äußerst kritisch thematisiert. So hieß es in der FAZ:

„Die Bilanz nach einem Jahr europäischer Solidarität ist bitter: Milliardengeld europäischer und amerikanischer (IWF!) Steuerzahler wurde versenkt, Griechenland ist trotzdem nicht gerettet, aber Europa wurde schwer beschädigt. Vom „offensichtlichsten Rechtsbruch in der Geschichte der europäischen Integration“ sprach der Mannheimer Ökonom Roland Vaubel. Zur Beschädigung rechtsstaatlicher Grundsätze mittels Vertragsbruch und Institutionendemontage kommt, mindestens so gravierend, noch eine schleichende Aushöhlung der Demokratie hinzu.“ (FAZ 2011-6).

Und weiter hieß es:

„Griechenland hat sich im Tausch gegen Geld wie im Mittelalter in Leibeigenschaft der EU begeben“, sagte Ökonom Vaubel. Man kann es auch härter sagen: Jenes Land, in dem die Demokratie erfunden wurde, hat sich den Verzicht auf Demokratie von vermeintlichen Rettern abkaufen lassen, die sich wie Insolvenzverwalter aufführen“ (FAZ 2011-06).

Insgesamt waren die Äußerungen zur Lage Griechenlands aber nach wie vor geprägt von einer „Zuckerbrot-und-Peitschen“-Argumentation. Einerseits wurden die Sparanstrengungen teilweise gelobt, andererseits wurden aber „Zusatzanstrengungen“ (Stark im Standard 2011-06) gefordert. Drohungen solcher Art wurden dann auch auf andere Staaten wie Portugal und Spanien übertragen. Ein Überlegenheitsgestus dabei blieb unübersehbar. So hieß es fast zynisch, ein Land könne ohne starke Industrie:

„...von Exportgütern wie Korkeiche, Oliven oder Wein allein nicht gut leben ... Und auch nicht vom Tourismus – obwohl es in Portugal schöne Golfplätze gibt...“ (Schäfer in der FAZ 2011-05).

Zusammenfassung

Besieht man sich den Diskurs insgesamt und hier fokussiert auf die Antworten zu Frage von Ursache, Wirkung und eigener Rolle plus Vorhersage darin, wird vor allem deutlich:

Zu Beginn der Krise (Quartal 03/2008) sah man noch die USA in der Schuld und hier insbesondere die Geldpolitik sowie personifiziert Bankenmanager. Aufgrund der befürchteten Wirkung („...das ...weitere Dominosteine umfallen...“) war „schnellstmöglichstes Handeln“ angeagt und hier Bankenrettungen inbegriffen. Das Versagen eigener Prognosen wird dem Herdenverhalten allgemein zugeschrieben und man sah die Wirtschaft Deutschlands in Gefahr („Die Einschläge kommen näher“).

Ende des Jahres (Quartal 04/2008), als man die Situation gar mit einem „Tsunami“ verglich bzw. relativ hilflos einschätzte („...wie Korke auf den Wogen...“), wurde sogar die Kompletterstaatlichung von Banken angedacht, aber ebenso nahmen zur Frage nach dem Sinn bzw. Unsinn von staatlichen Maßnahmen wie Konjunkturpaketen schon Kritiken zu „gefährlicher Staatsaktivismus“). Deutschland sah man in der Opferrolle und zum Euro war man überzeugt, dass es kein Ausscheiden eines hochverschuldeten Landes aus dem Euro-Raum geben wird.

Anfang 2009 (Quartal 01/2009), als die Banken- und Konjunkturrettungsprogramme verabschiedet wurden und es trotzdem zu massiven Exporteinbrüchen kam, war – auch wenn Zweifel am Wirken von Konjunkturpaketen blieb – die Phase der allgemein stärksten Einsicht („über unsere Verhältnisse gelebt“) und auch relativiertesten Sicht seitens der ÖkonomInnen (keynesian moment) bis hin zur Debatte der Ausrichtung der Ökonomie und dem Sinn von Prognosen, die vom DIW sogar eingestellt wurden.

Mitte 2009 (Quartal 02/2009), als die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf Rekordhoch stand und trotz Konjunkturpaketen kein Ende der Krise in Sicht war, schlug die Schuldfrage um in Richtung Politik („Regulierungsversagen ... Versagen der staatlichen Aufsicht und der Politiker“). Das eigene Deutungsversagen hingegen wurde zum „technischen“ Problem „fehlender Makromodelle“ erklärt.

Herbst 2009 (Quartal 03/2009), als man einen beginnenden Konjunkturaufschwung diagnostizierte (das „...zarte Pflänzchen Konjunktur“), warnte man vor Kreditzurückhaltung, wogegen die Rolle des Staates in der Finanzbranche (wieder) viel zurückhaltender gesehen und in der Frage nach dem Funktionieren von Märkten wieder auf die „Kräfte des Marktes“ verwiesen wurde.

Winter 2009 (Quartal 04/2009), als man Deutschland als „Wachstumslokomotive“ in Europa sah und gleichzeitig Griechenland seine Staatsschulden revidierte, wurde die Schuldfrage („über unsere Verhältnisse gelebt“) zur „BürgerInnenfrage“ erklärt und „harte Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben“ gefordert.

Anfang 2010 (Quartal 01/2010), als der Notfallplan für Griechenland eintrat, wurde gegen diesen argumentiert und den Griechen die Schuld gegeben, „Party gefeiert“ zu haben, auch wenn es einige kritische Stimmen gab, welche die Europasituation und die Rolle Deutschlands als stark exportorientiert kritischer einschätzten („Keine Rede, dass wir die Griechen schädigen“). Dabei wurde noch nicht einmal für möglich gehalten, dass die später eingesetzten Summen überhaupt gezahlt werden („Wer glaubt, dass die EU-Mitgliedsländer am Ende doch in den Geldbeutel greifen, um Griechenland zu retten ..., der täuscht sich.“)

Sommer 2010 (Quartal 02/2010), als die Hilfspakete für Griechenland beschlossen und der Euro-Rettungsschirm geplant waren, wurde dies zu einer „Märkte“-Entscheidung erklärt („Die Märkte sind offenbar zur Entscheidung gekommen, dass Griechenland anhand schlechter Fundamentaldaten die Schulden nicht mehr aus eigener Kraft zurückzahlen kann.“). Gleichzeitig nahm die Schulddebatte (über „sündige Griechen“, „abgebrannte“ Italiener“ und „fröhliche Portugiesen“) weiter zu und man begann, die Finanzinstrumente wieder mit Marktargumenten zu begleiten, (nun sogar mit der Behauptung „Die Finanzmärkte sind das Einzige, was in den letzten Jahren einigermaßen funktioniert hat.“).

Herbst 2010 (Quartal 03/2010), nach dem wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland („Partylaune“), wurde einerseits vor Euphorie gewarnt und mehr Sicherheiten gefordert (Bankeneinlagen). Andererseits wurde die personifizierte Schuldfrage nun wieder stärker dem Staat zugeschrieben („Die Spekulanten sind der Sündenbock der Politik, die von ihrem eigenen Versagen ablenken will.“) und dies auch z. B. in Griechenland (mit „aufgebäumtem Staatsapparat, verfehlter Sozialpolitik, Korruption und Betrug“).

Winter 2010 (Quartal 04/2010), als der Rettungsschirm dann unterzeichnet wurde, kippte die Argumentationsstimmung von Euphorie („Partylaune“) hin zur Katastrophenstimmung („Europa brennt“). Deutschland sah man in der Vorbildrolle („Hätten die unser Steuersystem, dann würden sie im Geld schwimmen“) und zugleich gefährdet („Die Krise wird sich durch die gesamt Euro-Peripherie fressen und dann auch das Zentrum erreichen“).

Frühjahr 2011 (Quartal 01/2011), als auf dem EU-Gipfel auch der Rettungsschirm verabschiedet wurde und ebenso die Verpflichtungen zu den Strukturreformen Thema waren, hatte auch der Diskurs der ÖkonomInnen wieder eine „Regel-Komponente“. Nun ging es um die Regelungen zur europäischen Finanzpolitik („gegen zu lasche Regeln“) und Fiskalpolitik („Staaten fiskalisch an die Kette zu legen“). Kernunterscheidung blieb die in „vernünftig wirtschaftende Euro-Länder“ und „Schuldenländer“.

Sommer 2011 (Quartal 02/2011), mit Zunahme der Sparpakete, nahm der Zweifel am Euro-Raum zu bis hin zur Forderung, dass Griechenland aus dem Euroraum austreten müsse bzw. die Angst vor einer neuerlichen Krise („Lehmann zum Quadrat“). Das eigene Versäumnis Deutschlands und der EU sah man nun darin, zu wenig hart gegenüber Schulden-Ländern agiert (und schon deren Eurobeitritt nicht verhindert) zu haben.

Wie der Diskursverlauf insgesamt zeigt, folgten die Argumentationen beständig den Geschehnissen und hier bei der Mehrheit der ÖkonomInnen mit den Ausprägungen:

- Der Diskus folgt den aktuellen Ereignissen. Prognoseleistungen sind kaum zu finden bzw. Voraussagen liegen gänzlich daneben (so, wie zur Undenkbarkeit der Zahlung der Milliardenpakete).
- Egal in welcher Situation dominiert die Vorstellung von agierenden Märkten, ob versagend, sensibel, signalisierend, beruhigend, sich erholend usw. bzw. umgekehrt zum Staat als versagend, vorschnell, sich einmischend usw.
- Der Ursachendiskurs wurde als Schuld-Diskurs geführt und Schuld haben (fast) immer nur die „Anderen“ – ob anfänglich Manager, später „Bürger“, dann Griechen usw. Damit einher geht eine nationale „Verteidigungs“- Haltung oder Sicht des „Selbststolzes“ – je nach Konjunkturlage. Ebenso ist eine eigene Kritik (zu der Zeit des „keynesian moment“) bei der Mehrheit der ÖkonomInnen kaum festzustellen.

Nur eine Minderheit von ÖkonomInnen folgte diesen Tendenzen nicht. Zu diesen lässt sich feststellen:

- Der Diskus folgt ebenfalls den aktuellen Ereignissen. Prognoseleistungen sind in nur einem Fall bekannt (Max Otte).
- Der Vorstellung von agierenden Märkten wird (nur) die Vorstellung eines notwendigen Staates entgegengesetzt (keynesian moment). Andere Denkalternativen sind nicht zu finden.
- Bezüglich der Ursachenanalyse nehmen die ÖkonomInnen eine selbstkritischere und auch internationale Sicht ein, insbesondere zur Rolle Deutschlands in Europa und die wirtschaftlichen Ungleichgewichte.

Diese aufgezeigten Tendenzen fallen auch im Vergleich zum allgemeinen Diskurs in den Massenmedien auf – hier insbesondere die zeitlich viel eher verlaufende „Ursachen-Analyse“, der ÖkonomInnen, die in deren Diskurs als Schuldfrage (der vorwiegend anderen) behandelt wurde.

ÖkonomInnendiskurs und allgemeiner Diskurs

Nachstehende Tabelle zeigt die wesentlichen Unterschiede zwischen ÖkonomInnendiskurs und allgemeinem Diskurs in den Massenmedien. Dazu konnten drei Quartale (IV-2008; II-2009 und IV-2009) herangezogen werden. Grundlage für die Kernaussagen im massenmedialen Diskurs waren die Titelbeiträge im Spiegel im besagten Zeitraum²⁹ sowie eine Analyse dazu (Wengeler 2010).³⁰ Mit letzteren kurzen Ausführungen können, da eine breit angelegte Analyse des massenmedialen Diskurses insgesamt fehlt, zwar nur Tendenzen aufgezeigt werden. Trotzdem ist der Verweis auf den Unterschied zwischen ökonomischem und massenmedialem Diskurs (hier vor allem Anfang 2009) damit möglich.

Tabelle 1: Vergleich massenmedialer Diskurs und ÖkonomInnendiskurs

Zeit	ÖkonomInnendiskurs	Allgemeiner Diskurs
10/2008-12/2008	<p>„Regierungskoalition“ ohne „sonderliche Führungsstärke“ trotz „Tsunami“</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kreditklemme und ihre ökonomischen Folgen • Kontroverse Debatte zu Staatsinterventionismus sowie Effizienz und Wirksamkeit von Konjunkturprogrammen • Schuldfrage - USA • Gefahr von „moral hazard“ in der Eurozone 	<p>„Wer kann die Krise noch stoppen? Ist sie überhaupt zu stoppen? Ihre zerstörerische Kraft nimmt von Woche zu Woche zu“</p> <ul style="list-style-type: none"> • „Ende ... eines ungezügelter Kapitalismus ausgehend von den USA“ • „Teilverstaatlichung privater Banken“, Politiker als „Getriebene denn Gestalter“ • „Banker , die sich für die wahren Herrscher der Welt hielten“ • „Regierung“ wird „Exzesse bei Risiken und Gehältern einzudämmen“. Das ist der Preis, den wir zahlen müssen“, sagt einer der Banker ungewöhnlich duldsam“
04/2009-06/2009	<p>„Versagen der staatlichen Aufsicht und der Politiker“ und „noch nicht ... geeignete Instrumente“</p> <ul style="list-style-type: none"> • Reduzierung des Versagens ökonomischer Prognosen auf fehlende Modelle • Schulddebatte als Versagensdebatte (Politik) • Zweites Konjunkturprogramm in Deutschland (Kurzarbeit) 	<p>„...wenn die massiven Rettungspakete der Regierungen nicht greifen“</p> <ul style="list-style-type: none"> • „Bundesregierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber sind, so scheint es, am Ende ihrer Möglichkeiten angekommen.“ • „Die geladenen Ökonomen stritten um Begriffe und Prognosen.“ • „Das macht die Krise so unheimlich. Wo sie herkommt, ist bekannt. Wo sie hin will, weiß keiner. Ob sie im selben Tempo weiterwüten wird? Die Krise überfordert“

²⁹ Spiegel 42/2008; Spiegel 18/2009 und Spiegel 53/2009.

³⁰ Dort auf der Basis der Analyse der Beiträge in: Spiegel 42/2008; Spiegel 18/2009 und Spiegel 48/2009. Die Wahl des Beitrages 53/2009 statt 48/2009 in dieser Arbeit hängt sowohl mit der Dynamik der Ereignisse zusammen als auch mit dem Story-Stil des Mediums Spiegel. Im Beitrag 48/2009 wird das Wiederaufkommen der Finanzkrise thematisiert („Warum nach der Jahrhundertkrise schon die nächste droht“), im Beitrag 53/2009 dann der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands 2009 („Hurra, wir leben noch“).

	und Schuldenbremse	derzeit alle.“
10/2009-12/2009	<p><i>Deutschland „wird ... zur Wachstumslokomotive Europas“</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Rolle von Deutschland als Wachstumsmotor • Banken - Moral • Finanzierbarkeit sozialer Sicherungssysteme • Austeritätsprogramme für „Schuldenstaaten“ 	<ul style="list-style-type: none"> • <i>2009 hat die deutsche Wirtschaft erstaunlich gut verkraftet.... Braucht das Land ein neues Geschäftsmodell?</i> • „Die "Old Economy" Deutschlands schlägt sich wacker, und die soziale Sicherung ist Garant für Stabilität.“ • „Deutschland, der langjährige Exportweltmeister, muss sich seinen Platz ... neu suchen“ • „Deutschland“ steht „ das Schlimmste noch bevor“

Quelle: eigene Erhebungen.

Im Quartal IV-2008 sind die Argumentationen im ökonomischen Diskurs fast synchron mit denen im massenmedialen Diskurs. Einzig zur Frage der zukünftigen Rolle der Banker gibt es hier Abweichungen: Während die ÖkonomInnen (schon) vor künftigen „moral hazard“ warnen, werden im analysierten Massenmedium Banker als einsichtig und kleinlaut präsentiert.

Im Quartal II-2009 ist der Unterschied zwischen ÖkonomInnendiskurs und massenmedialen Äußerungen größer als im Quartal IV-2008. Denn in letzter fehlt die eindeutige Schulddebatte in Richtung Staat und Politik, sondern die Situation wird allgemein als ratlose dargestellt und dies trotz der umfangreichen staatlichen Hilfen.

Im Quartal IV-2009 ist die Differenz eine ähnliche wie im Quartal II-2009: Statt z. B. die sozialen Sicherungssysteme in Frage zu stellen, werden diese als Ursache gesehen für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands. Auch wird die Rolle Deutschlands deutlich nicht in einer treibenden gesehen.³¹ Sondern die nahe zukünftige Aufgabe Deutschlands wird als die der neuen Einreihung in das globale Märktegefüge verstanden.

Hier noch zusätzlich das besondere typische Spiegel-Profil berücksichtigend, dass als Story-nutzend³² und dramatisierend charakterisiert wird, fällt in einer Gesamtschau hier *erstens* die geradezu auffällige Zurückhaltung der Schuldzuweisung an Politik und Staat seitens des Spiegels auf, gemessen an den sonst üblichen Dramatisierungen, während die Schuldzuweisung seitens der ÖkonomInnen an den Staat im ÖkonomInnendiskurs zu dieser Zeit schon etabliert war.³³ *Zweitens* wurden im Medium

³¹ Auch schon angezeigt im Titel „Hurra, wir leben noch“.

³² Bei Wengeler (2010, 144). „mäandrierende Form von episodischen Erzählungen“ genannt.

³³ Dies gilt auch für den von Wengeler (2010) analysierten Beitrag, d. h. , auch hier werden Politik und Staat nicht als Versager in der Krise dargestellt, sondern als versagend wegen der Krise, z. B.: „Mit einer exzessiven Geld- und Schuldenpolitik wollten die Regierungen in aller Welt die Krise bekämpfen - und

Spiegel (auch wieder typischerweise) stärker als je im ökonomischen Diskurs grundsätzliche Fragen zur gesellschaftlichen Ausrichtung gestellt, insbesondere zu Beginn 2009³⁴, während sich die FAZ hier nur auf der wirtschaftspolitischen Entscheidungsebene bewegte, z. B. mit der Frage „Sind wir jetzt alle Keynesianer? (FAZ vom 15.02.2009).

haben so die Grundlage für die nächste geschaffen...“, während bei Wengeler (2010, 154) die Schuldzuweisung an die Politik explizit hervorgehoben wurde.

³⁴ Angezeigt durch solch Schlagzeilen wie: „Wirtschaftsweiser fordert Verstaatlichung der Ratingagenturen“ (Spiegel vom 31.03.2009); „Süchtig nach Wachstum. Nach dem Krieg war die Planwirtschaft so populär wie nie“ (Spiegel vom 31.03.2009).